

## Der Abgeordnete von Tirpitz

Von Professor Dr. Veit Valentin

Staatssekretär im Reich und Staatsminister in Preußen, neugeadelt und Ritter des Schwarzen Adlerordens, Großadmiral und (mit Kapp!) Gründer der Vaterlandspartei von 1917 — heute Mitglied des Reichstages der deutschen Republik und zwei Tage lang Reichskanzlerkandidat der Deutschnationalen Volkspartei: so sieht diese Laufbahn eines Fünfundsiebzigjährigen aus, eine große und etwas bizarre Laufbahn in dieser widerspruchsvollen Zeit, in der man sich außer vielem auch die Fähigkeit abgewöhnt hat, sich zu verwundern.

Wer während des Krieges den Großadmiral v. Tirpitz aus sachlicher Ueberzeugung bekämpft hat, der mußte hoffen, es nach Niederlage und Zusammenbruch nicht mehr tun zu müssen. Denn die Tirpitzsche Flottenpolitik der Großkampfschiffe war einer der Hauptgründe des Weltkrieges, weil sie die Todfeindschaft Englands entschied, und einer der Hauptgründe unserer vollkommenen Niederlage, weil wir nicht genug Unterseeboote in dem Augenblick hatten, als wir sie gebrauchen konnten. Als Staatsmann war also Tirpitz durch den Verlust eines solchen Krieges in einem Grade geschlagen, wie es mit so handfester Eindeutigkeit selten in der Geschichte vorkommt. Mir, der ich ihn sachlich zu einer Zeit bekämpfte, als es noch gefährlich war, tat damals gleich andern der alte Mann leid, der so vollkommen verspielt hatte, und ich habe ihm die Altersruhe in St. Blasien im Schwarzwald, die er nach seiner Flucht in die Schweiz aufsuchte, gegönnt, um so mehr, als es mir bekannt war, daß ihm seitens der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg mancherlei geistige Anregung zuteil werden konnte — denn er besaß dort namhafte Freunde.

Und heute? Heute muß ich noch einmal — hoffentlich nun wirklich das letzte Mal! — das Thema „Tirpitz“ vor der großen Oeffentlichkeit behandeln — alle andern Themen wären mir lieber: aber er selbst und die Deutschnationale Volkspartei haben nicht gewollt, daß man das patriarchalische Alter einer schon der Geschichte angehörnden Persönlichkeit durch Schweigen achtet.

„Klappern gehört zum Handwerk“ — diese klassische Prägung Kaiser Wilhelms darf als Motto über jeder Betrachtung des Mannes stehen, der über die größten Klappern der wilhelminischen Zeit verfügte. Was gehörte für ein ungeheuerliches Klappern dazu,

um eine große, zum Teil doch aus Einsichtigen bestehende Nation, wie die deutsche, auf die völlig falsche Bahn der Tirpitzschen Marinepolitik zu lenken, — und was für ein Klappern war erst nötig, um den Schöpfer dieser Politik heute zum Kandidaten für Bismarcks Reichskanzlerstuhl zu machen! Bismarck sagte im Hochsommer 1897: „Ich glaube, daß wir neue Kreuzer brauchen, aber bin mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markierung von Prestige dienen sollen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter „Lügenschiffe“ nennen muß, weil sie nichts leisten. Auf absehbare Zeit bleibt für uns das Wichtigste ein starkes Heer. Das war auch Moltkes Meinung.“ Der letzte und höchste Wunsch des alten Bismarck war, wie wir jetzt wissen, ein Bündnis mit England — die Tirpitzsche Politik der „Lügenschiffe“ hat es unmöglich gemacht, er selbst brachte es aber in seinen „Erinnerungen“ fertig, sich als Bismarcks Nachfolger und Fortsetzer aufzuspielen.

Darin liegt die tiefste Ursache des Uebels: dieser Staatssekretär mit dem leidenschaftlichen Tätigkeitstrieb, mit dem heißen Ehrgeiz, mit der rastlosen Rücksichtslosigkeit war eigentlich zu groß für das Reichsmarineamt, das nach Lage der Dinge ein Fachministerium zweiter Ordnung bleiben mußte. So machte er auswärtige Politik — gegen Bülow, noch mehr natürlich gegen Bethmann Hollweg. Er besaß einen viel besseren Propaganda-Apparat als das Auswärtige Amt — warum also nicht? Was aus der Wilhelmstraße kam, wurde schlecht gemacht — gewiß: es war nicht alles gut. Besaß aber Tirpitz ein anderes, besseres Programm? Sein Rezept war, angebliche Schlappen der Außenpolitik durch neue Flottenprogramme ausgleichen zu wollen. Und dann: Freundschaft mit Rußland (um gegen England Krieg zu machen!) — viele haben auch später diese Lösung patent gefunden. Einmal hatte der Kaiser genug: er bot nach Agadir Tirpitz den Reichskanzlerposten an. Er sollte nun selber sehen, was es heißt, die große ganze Verantwortung zu tragen. Und Tirpitz — lehnte ab! Fehlte der Mut? Wollte er sich auf eine bessere Stunde aufsparen? Seine Bewunderer glaubten, während des Krieges sei diese Stunde gekommen. Und auch heute noch meinen also manche, nur er könnte es noch machen. Die Klapper-Propaganda hat sich doch gelohnt . . .

Klappern gehört zum Handwerk! Hat dieser Mann wenigstens sein Handwerk verstanden — die Marine? Die Schiffe waren zu groß und hatten verhältnismäßig zu kleine, zu wenig und schlecht aufgestellte Geschütze. Die Kaiser-Klasse schlingerte um 3° beim Schießen! — Unterseeboote? Es gab eine Zeit, da sich alle großen Mächte mit dieser neuen Waffe befaßten, befaßen mußten — Deutschland hielt sich zurück, weil Tirpitz auf die Großkampfschiffe eingeschworen war. Vizeadmiral Geißler, der Führer der

neuen Schule, die für den Kampf mit England die Abwehr durch die Kleinwaffen empfahl, wurde als unbequem zur Disposition gestellt. Zwar machte ihn die Universität Halle zum Ehrendoktor, aber für Deutschland war die Zeit verpaßt. Als Tirpitz entlassen war, gewöhnte sich die Öffentlichkeit daran, ihn als Märtyrer des rücksichtslosen Unterseebootkrieges zu feiern, der, rechtzeitig begonnen, „England auf die Knie gezwungen“ hätte. Wie war der Sachverhalt? Der Beauftragte von Tirpitz, Kapitän Löhlein, hatte im Bundesrat die Zahl von 203 Unterseebooten genannt (Januar 1916); nachträglich wurde diese Mitteilung dahin korrigiert, daß nur 54 fahrtbereit seien. Später wurde nachgewiesen, daß um diese Zeit tatsächlich nur zwei bis drei Unterseeboote im Kampf gegen England waren!! Das Reichsmarineamt vermied es eben, genaue und wahrheitsmäßige Angaben zu machen, um die früheren Versäumnisse zu verschleiern. Kapitän Löhlein verschwand in die Provinz, das Pressebüro des Reichsmarineamts, das Organ der Tirpitzschen Propaganda, wurde dem Admiralstab zugeteilt, Tirpitz meldete sich krank und erhielt die Aufforderung, seinen Abschied einzureichen.

Schon der konservative Abgeordnete Dr. Oertel hatte lange Zeit vor dem Weltkriege gesagt: „Das Urteil über das Vorgehen des Reichsmarineamts kann nicht anders lauten, als daß es den Reichstag getäuscht hat.“ Eugen Richter sprach von „der Hinterhältigkeit, dem Mangel an Offenheit, dem wir leider bei Herrn v. Tirpitz nicht zum ersten Mal begegnen.“ Noch etwas deutlicher pflegte sich ein Kamerad Tirpitzens auszudrücken, der Admiral Graf v. Baudissin: er bezeichnete ihn als „die personifizierte Lüge“.

Nachdem Tirpitz infolge seiner Entlassung außerstand gesetzt war, zum direkten Verlust des Krieges aktiv beizutragen, bemühte er sich, wenigstens den Abschluß eines einigermaßen erträglichen Friedens zu verhindern: dies war der Zweck der Gründung jener so berühmten Vaterlandspartei, durch die maßlose Kriegsziele dem Volk in die Ohren gebrüllt und alle Gedanken einer rechtzeitigen Verständigung als Verrat gebrandmarkt wurden.

Nie war Tirpitz mehr er selbst: alles andere als ein ritterlicher Seeoffizier (hat er doch nie ein großes Kommando gehabt!). Ein Démagoge, der durch die Lande fährt, Gelder mobil macht und spielen läßt, Hände schüttelt und in bequemen Sesseln flüstert: Biedermann mit Herzenston nach außen, im Innern verzehrt von Machthunger und Eitelkeit.

Kein Wunder, daß er in Bayern deutschnationaler Spitzenkandidat wurde. So wie früher die abgelegten Röcke Westdeutschlands in Bromberg und Insterburg einen Absatz fanden, so hat sich jetzt Bayern zum Markt für Ideen und Menschen entwickelt, die im Südwesten, am Rhein und sonstwo in Deutschland den Kurs verloren haben. Wie kam es aber, daß eine ganze große und so



erfolgreiche Partei wie die deutschnationale nun glaubte, mit dem Namen des Abg. v. Tirpitz alle unbescheidene Opposition niederzwingen zu können? Sie werden wohl nicht alle daran geglaubt haben. Sie haben sich vielleicht gesagt: wir wollen es probieren. Die Wähler verlangen so etwas. Wir können dann auch später sagen: „Der Retter des Vaterlandes, der Langerschnte, Einzige, Letzte ist schnöde abgelehnt worden. Die Erbärmlichen, Mittelmäßigen, Eigensüchtigen haben ihn, das große patriotische Genie zurückgewiesen.“

Die Mittel- und Linksparteien waren zu gut geleitet — sie haben kein Wort gegen die Person des Abg. v. Tirpitz gesagt. Die öffentliche Meinung in Deutschland und in der Welt kann sich freilich nicht damit begnügen, sich ihr Teil zu denken. Sie wird immer einen Großadmiral einen Großadmiral und einen Schädling einen Schädling nennen. Die Kaiserliche Marine wird immer unsterblich in der Weltgeschichte bleiben: aus ihrer Mannschaft ging die Spartakusrevolution, aus ihrem Offizierkorps eine Reihe von Attentaten gegen die Republik hervor. Die Reichskanzlerschaft des Abgeordneten v. Tirpitz hätte wahrscheinlich beides gefördert: Kommunismus und Reaktion.

## Warum ich nicht Reichskanzler werden konnte

Von Alfred v. Tirpitz

Die Nationalen werden posauen: Die Demokratie habe den Retter Deutschlands verworfen! Um solcher neuen Parole (auch Wahlparole) willen wurde Tirpitz aus der Versenkung geholt. Auch hierbei siegte Parteitaktik über politische Pflicht. Die Nationalen mußten wissen, daß der empfohlene Retter für England eine Verhandlungslast von exemplarischem Gewicht gewesen wäre. Unannehmbar. Tirpitz war nur ein Manöver. Dessen Frivolität festzustellen, sei der Großadmiral selbst zitiert. Wer schrieb, wie er in seinen „Erinnerungen“ (Verlag K. F. Koehler, Lpzg.) tat, wer sich so grundsätzlich und unbeirrbar als Englands Todfeind enthüllte, kann vielleicht auf den Respekt der englischen Marine rechnen, er ist aber hilflos ungeeignet, um ein Deutschland, das nicht mehr das seine ist, gegenüber einem verjüngten Frankreich und der immer noch (und selbstverständlich) die englische Vorherrschaft während der Arbeiterregierung Macdonalds zu vertreten. Tirpitz war ein Bluff. Hier etliche Beweisstücke, Beweise zugleich für den Dilettantismus, das Durcheinander und die garantierte Aussichtslosigkeit der kaiserlichen Weltpolitik. Beweis auch gegen die Dolchstoßlüge. Tirpitz hatte Augen und einen politischen Kopf. Aber die Voraussetzung seines Willens war falsch: Deutschland war nicht berufen, England die Seeherrschaft zu bestreiten.

R. Br.

Man braucht sich nur vorzustellen, was ein englischer Bismarck für eine Politik gegen Rußland und Deutschland treiben würde. Der Kanzler ist vollständig verrannt, verliert in seine Idee des Werbens um die Gunst des perfiden Albions. Es ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Wir müssen uns conte que conte mit Rußland verständigen und den Walfisch gegen den Bären stellen. Alle Sentimentalitäten haben zu schweigen.  
(St. 150, Brief, Mitte Juli 1914.)

Ich sah die Zukunft Deutschlands nicht bedroht, auch wenn das russische Kaiserreich wieder zu vollen Kräften gekommen wäre.

Bedroht sah ich sie nur, wenn wir von unserem Ueberseehandel, aus welchem fast ein Drittel der Deutschen lebte, abgeschnitten und bei Nichtwiedergewinn unserer weltwirtschaftlichen Stellung der grauenhaften Verelendung ausgeliefert wurden. Für die von England beabsichtigte Abdrängung Deutschlands von der See gab es keinen Ersatz, selbst wenn Bethmanns Annahmen zutrafen und wir uns eine Durchdringung des Ostens militärisch leisten konnten. Mit allen russischen Leuten, auch mit Kerenski, hätte ich unter starken Zugeständnissen jegliche Verständigung gesucht, die uns nach anderer Seite wirklich die Hände freigab. Ich weiß

nicht, ob die Weltgeschichte ein Beispiel größerer Verblendung kennt, als die gegenseitige Vernichtung der Deutschen und der Russen in majorem gloriam der Angelsachsen. (St. 151.)

Es war ein Unglück für unser Volk, daß man ihm kein großes Ziel zeigte, und doch lag es so klar vor uns. Als ich vor dem Krieg Herrn von Bethmann gelegentlich sagte: Wir müßten der Nation Ziele zeigen, fragte er mich erstaunt: „Was denn für ein Ziel?“ Ich meine, es hätte darin bestehen müssen, alle freien Völker ohne jede Vormundschaft der Angelsachsen zusammenzuführen. (St. 156.)

Als der Krieg ausgebrochen war, vertrat ich weder im Osten noch im Westen annexionistische Ziele. Auch ein Deutschnachen Belgiens lag nicht in meinen Wünschen. Ich hielt es aber für notwendig, daß die belgische Küste nicht unter britische Oberherrschaft fallen sollte, weil dies die sichere Verkümmern der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiters nach sich zog. Ich wünschte deshalb die Errichtung eines selbständigen Flanderns, in welchem wir das Besatzungsrecht auf Zeebrügge hätten. Während des Krieges begriffen dann Deutsche zuerst die industrielle Zukunft des flandrischen Kempenlandes, und damit trat ein neuer Grund hinzu, die Wirtschaftsfreundschaft zwischen Rheinland und Belgien frei von britischer Hoheit zu erstreben. Meiner Ueberzeugung nach werden die Bewohner des Scheldelandes im Lauf der Zeit erkennen, daß dieser Gedanke auch in ihrem Interesse lag. Die keinen Staaten Europas werden in dem transatlantischen Machtgebilde der Angelsachsen verschwinden, und die Kraft Europas, die im Ausgleich mannigfaltiger selbständiger Kulturen auf engstem Raum beruht, wird vergehen, und damit Europas Reichtum, sein Uebergewicht und die Möglichkeit einer Weltstellung für die Staaten unseres Festlandes. „The world is rapidly becoming english.“ Unser Krieg war der vielleicht letzte Freiheitskampf Europas gegen den angelsächsischen Weltkapitalismus oder vielmehr, er hätte es sein müssen und können, wenn die Reichsleitung die Idee dieses Krieges begriffen und verwirklicht hätte. Unsere Sozialdemokraten, welche in dem Wahne schwelgten, den Kapitalismus zu bekämpfen, haben durch ihr Verhalten im Krieg wie bei seiner Beendigung den Erfolg mit herbeigeführt, daß allerdings das von ihnen verfolgte deutsche Kapital, aus dem auch der deutsche Arbeiter seine Nahrung zog, größtenteils erschlagen liegt. Dafür sind die Deutschen aber als Lohnsklaven dem angelsächsischen Kapitalismus ausgeliefert worden, der weit roher und unsozialer, vor allen Dingen aber Fremdherrschaft ist. (St. 157.)

Die schlechte Gewohnheit dieser effektvollen Eingriffe, von Schimonoseki, der Krüger-Depesche, Manila über die China-Expedition und Tanager bis Agadir u. a. führte zu dem stümperhaften Schlußglied der Methode in dem Ultimatum an Serbien vom Juli 1914. Es ging lange leidlich, dank dem Respekt, welchen der alte preussische Staat und die Tüchtigkeit des deutschen Volkes einflößten. Aber richtiger wäre es

gewesen, in der Stille zu wachsen und weitere Macht anzusammeln; denn wir standen 1914 nahe vor dem Ziel, daß das böse Vorhandensein unserer Macht gestügte, den Frieden ohne Nervosität zu bewahren. Es endete die Tragik, daß die am meisten friedliebende Politik der Welt die Ungunst unserer Lage zu korrigieren geglaubt hat durch Gesten, welche böswilligen Feinden den Vorwand lieferten, uns des Kriegswillens zu verdächtigen und damit durch eine der ungeheuerlichsten Veremundungen der Weltgeschichte unser Bild zu entstellen.

Wir warfen uns den andern in die Arme, stießen dann wieder bei ihnen an und versäumten kaum eine Gelegenheit, ihnen vorzuhalten, wie herrlich weit wir es gebracht hätten. Wir setzten uns nie in die Denkweise der andern. Admiral Sevmour, der vom Kaiser das Bild „The Germans to the front“ geschenkt erhielt, hat zu einem deutschen Waffengeführten gesagt: „Ihr Deutschen seid sehr vorangekommen; wenn ihr es uns nur nicht immer unter die Nase reiben wolltet.“ (St. 164.)

Bis zum Anfang der neunziger Jahre hatte Englands alter Wohlstand das weltwirtschaftliche Parasitendasein des Deutschen wenig gespürt. Zwar wurde die Stärke unserer industriellen und Handelsentwicklung schon durch die Aenderung unserer Zollpolitik 1879 eingeleitet, aber erst nach einem Jahrzehnt inneren Aufbaus gingen außen hin so fühlbar, daß sich in England eine allgemeine Stimmungsänderung vorbereitete. Deren erster wirtschaftlicher Rückstoß war das „Made in Germany“, ihr erster politischer Ausbruch folgte der Krüger-Depesche. 1896/97 kam ich aus Asien und Amerika mit dem Eindruck heim, daß England unserer zukünftigen Entwicklung möglichst den Weg versperrten würde. Um die Mitte der neunziger Jahre hatten sich die tonangebenden Klubs beider Hauptparteien, die Sachverständigen der englischen Gesellschaft für Außenpolitik, in der Ueberzeugung geeinigt, daß Deutschland der kommende Feind wäre. Das entsprach dem seit Jahrhunderten geübten Staatsgrundsatz der Engländer. (St. 166.)

Ich hatte von der Entsendung des „Panther“ im Augenblick der Abreise in die Sommerfrische außerordentlich Kenntnis erlangt. War es schon Anzeichen einer gewissen Desorganisation der Reichsleitung, daß der Staatssekretär der Marine vor einer weltpolitisch so schwerwiegenden Schiffsbewegung nicht gehört wurde, so war ich mir andererseits der Fehlerhaftigkeit dieser Demonstration auf dem Atlantik von demselben Augenblick an bewußt, in dem ich erfuhr, daß wir England nicht vorher verständigt hätten. Glaubte Kiderlen, nicht ohne eine militärische Geste auskommen zu können, so mußte diese zu Land und ausschließlichs gegen die Franzosen gerichtet erfolgen. Ich wäre zwar grundsätzlich gegen eine solche Geste gewesen. Ein Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet oft viel, es mit Ehren wieder niederzuholen. Einen Krieg wollten wir ja nicht machen. Die größte Fehlrechnung aber beug die Reichsleitung darin, daß sie sich in den ersten Juliwochen über ihre Absichten in Dunkel hüllte. Kiderlen hat nachträglich versichert,



daß der Kanzler niemals daran gedacht habe, marokkanisches Gebiet zu fordern. Nach Lloyd Georges Drohhede aber sah es so aus, als ob er nur vor dem erhobenen Schwert Englands zurückgewichen wäre. Unser Ansehen erlitt in der ganzen Welt einen Stoß, und auch die deutsche öffentliche Meinung stand unter dem Eindruck der Schlappe. „England stopped Germany“, war das Schlagwort der Weltpresse. (St. 181.)

Die einzige Frage also, deren Beantwortung freilich mehr eine Sache der Gesinnung ist, bleibt also, ob wir überhaupt kein Flottengesetz beschließen und ausführen dürfen. Wer ein friedliches Verdorren der deutschen Ueberseewirtschaft dem Versuch vorzöge, sie durch eine Gleichgewichtspolitik zur See zu schützen, mit dem ist nicht zu streiten, und der unglückliche Ausbruch und Verlauf des Krieges wird ihm vor denen recht geben, welche in diesem Verlauf der Dinge ein unausweichliches Schicksal an Stelle einer Kette vermeidbarer Fehler erblicken. Ich hätte meinem Volk nicht mit ganzer Seele eine Flotte gebaut, wenn ich nicht an seine Eigenschaft, ein wirkliches freies Weltvolk werden zu können, geglaubt hätte. Darin habe ich mich vielleicht getäuscht. Wenigstens legt die Selbstbeziehung unserer Demokratie die Vermutung nahe, daß ich mich über die inneren Kräfte unseres Volkes getäuscht habe. An ihrer Uneinigkeit, nicht an den äußeren Verhältnissen, ist der weltpolitische Anlauf gescheitert, nach meiner Ueberzeugung, von der mich auch der Lärm der Geschichtsklitterungen niemals abbringen wird. Den Engländern wird, nachdem sie ihr Ziel erreicht haben, dieser innderdeutsche Versuch der Demokratie, sich reinzuwaschen von unserem früheren Streben nach friedlicher Weltgeltung, nur eine gelassene Verachtung abnötigen. Die zukünftigen Geschlechter Deutschlands aber werden die Erfahrung darin nachholen, ob die Angelsachsen es einem zur See ohnmächtigen Deutschland erlauben werden, als Industriestaat zu gedeihen.

1914 hatte, durch unseren Flottenbau, der die Gefahrenzone fast durchlaufen hatte, gedeckt, Deutschland schon nahezu die Stelle der vierten Weltmacht friedlich erobert, ohne daß England einzugreifen noch Gelegenheit gefunden hatte. Es gehörten außerordentliche Ungeschicklichkeiten unsererseits dazu, ihm diese Gelegenheit so spät noch zu verschaffen. Ein hervorragender deutscher Staatsmann hat diese Leistung charakterisiert als ein diplomatisches Kunststück erster Klasse, freilich nach der negativen Seite hin. Es gab keinen anderen Weg zur Weltmacht als über den Flottenbau. Umsonst wird einem Volk die höchste Wohlfahrt nicht geschenkt. Die Seemacht war eine natürliche und notwendige Funktion für unsere Wirtschaft, deren Welt-einfluß mit England und Amerika um die Palme stritt und die anderen Völker schon überholt hatte. Eine solche Lage ist gefährlich, und sie wird unhalbar, wenn nicht eine achtbare Seemacht das Risiko des Konkurrenten, bei jedem Versuch, den aufstrebenden Nebenbuhler totzuschlagen, stark erhöht. (St. 197.)

Ich kann noch einen weiteren vollgültigen Beweis dafür anführen, daß unsere Reichsleitung den Krieg nicht gewollt hat. Sie

war nämlich von Anfang an überzeugt, daß wir nicht siegen würden. Nun kann man ihr zwar viel Ungeschick zutrauen, nimmermehr aber das verbrecherische Tun, einen Krieg zu wollen, von dessen Aussichtslosigkeit sie selbst am tiefsten durchdrungen war. (St. 236.)

Als ich (am 6. 8. 14) Jagow (den Staatssekretär des Aeußern) fragte: „Konnten Sie nicht Rußland die Durchfahrt durch die Dardanellen und alles mögliche versprechen, um den Krieg zu verhindern?“ erwiderte Jagow: „Wenn Sie uns ein kleines Flottenagrement mit England gegeben hätten, wäre der Krieg nicht nötig gewesen.“ (St. 246.)

So ist es dem alten Piratenstaat England wiederum gelungen, Europa sich selbst zerfleischen zu lassen und durch Hineinwerfen der eigenen Macht und Anwendung brutalster Mittel den Sieg auf die Seite zu bringen, welche seinen materiellen Interessen entsprach. Die Freiheit und Selbständigkeit der Völker des europäischen Festlandes ist jetzt dahin und ihre Kulturblüte hierdurch vielleicht auf immer vernichtet.

Aber gerade aus diesem Erfolg wird für England selbst geboren werden der Tag des Gerichts. (St. 249.)

Im Hauptquartier war man im Herbst 1914 der Meinung, daß der Krieg gegen Frankreich gewonnen worden wäre, wenn die zwei Armeekorps zur Stelle gewesen wären, welche sich der Generalstab 1911/12 entgegen den Forderungen seiner Fachleute hatte abhandeln lassen. Dazu kam die Unterschätzung der britischen Armee, die man sich in unserem Publikum immer noch gern in der Art der Aldershot-Tommies mit Mützen und Spazierstock vorstellte. Als ich nach Kriegsausbruch den Generalstabschef warnte, diese Truppe, die gewissermaßen aus lauter Sergeanten bestände, zu leicht zu bewerten, antwortete er: „Die arretieren wir“. Er sah bei dieser Hoffnung wohl noch nicht voraus, daß er in den kritischen Tagen Veranlassung haben würde, zwei Armeekorps für die Ostfront gerade vom rechten Flügel herauszuziehen. Noch im Spätherbst 1914 begegnete ich im Großen Hauptquartier Zweifeln an dem Ernst der neuen Kitchener-Armeen. Im August 1914 schrieb ich aus Koblenz: „Die Schwierigkeiten kommen erst, wenn die Armee glaubt, über den Berg zu sein.“ (St. 251.)

Moltke war ein schwerkranker Mann. Die Zügel schleiften am Boden, die Einheitlichkeit in den Operationen der Armeen ging verloren. Zu Moltke hatte ich trotz seines Unglücks als Persönlichkeit volles Vertrauen gehabt. Sein Nachfolger machte nicht den Eindruck, so vorgeschult zu sein, um die Aufgabe zu bewältigen, die nach der Marneschlacht mit der Ausweitung zu einem Erschöpfungskrieg ins Ungemessene stieg. Die Armee hatte bis dahin nur ein einziger Gedanke besetzt: Cannae. Im Erschöpfungskrieg aber mußte die Uebermacht des Feindes dank seiner Seeherrschaft immer stärker zum Tragen kommen. Alle Landsiege versicherten in der beispiellos ungünstigen Gesamtlage Deutschlands. Eingekesselt zwischen Landfeinde, konnten wir uns nicht allein dadurch retten, daß wir uns wie ein Igel rings unangreifbar

machten. Denn unsere Lebensfäden liefen über See. Darum konnten uns nur größte Kühnheit und Geschlossenheit retten. Auch der Landkrieg mußte sich dem Gesamtziel eingliedern. Nach der Marneschlacht mußte die Armee umlernen. Die damalige Oberste Heeresleitung ließ das Suchen nach großen Endzielen vermissen. Hindenburg und Ludendorff aber, welche 1915 die Vernichtung der russischen Armeen durch Ueberflügelung von Kowno her in Aussicht stellten und deshalb mit dem Frontalangriff von Gorlice her nicht übereinstimmten, durften ihren Kriegsplan nicht ausführen. Wenn er glückte, wäre ihre Stellung gegenüber dem Hauptquartier freilich eine überragende gewesen. (St. 252.)

Die Armee, die in ihrem Sondergebiet nicht darauf gedrillt war, England zu bekämpfen, unterschätzte diesen für die sozusagen unangreifbaren Gegner. Ich war als Schwarzseher verschrien und im „Lion d'Or“ zu Charleville ging die Rede: „Es ist kein Offizier im Großen Hauptquartier, der nicht glaubt, daß der Krieg vor dem 1. April 1915 zu Ende geht, außer dem Herrn Staatssekretär der Marine.“ In der angelsächsischen Welt wurde ich als ein Gegner angesehen, dessen Isolierung innerhalb der deutschen Reichsleitung mit Befriedigung verzeichnet wurde. Denn dies begriffliche Verhalten festländischer Gesichtspunkte bei der Armee wäre ungefährlich geblieben, wenn nur der Kanzler mit mir ging. Ohne richtige Politik, welche die maritime Lage mitberücksichtigte, war der Krieg auch militärisch nicht zu gewinnen. (St. 253.)

Am 19. August 1914 sagte ich dem Kanzler in Gegenwart von Moltke und Jagow: Was wir gegen Rußland erreichen können, drückt nicht auf England, sondern entlastet es. Die Verhältnisse haben uns gezwungen, mit einer Front zu schlagen, die nicht unseren politischen Interessen entspricht. Der deutsch-russische Krieg ist in England sehr volkstümlich. Die englischen Staatsmänner sind unbedingt entschlossen, bis zum Ende durchzuhalten. Unsere Zukunft kann nur gerettet werden, wenn wir England bedrängen. Es kommt für die Entscheidung des Krieges einzig darauf an, ob Deutschland oder England länger durchhalten kann. Unbedingt notwendig ist es, Calais und Boulogne zu besetzen.

Dieser Gedankengang schien dem Kaiser nicht einzuleuchten. Er meinte, wir müßten selbst im Fall eines im Westen glücklichen Krieges uns dort einschränken und unsere Kraft nach Osten wenden. Schon in der ersten Augusthälfte hatte der Kanzler einem gemeinsamen Bekannten erklärt: „Der Krieg mit England ist nur ein Gewittersturm, der rasch vorüberbraust. Nachher wird das Verhältnis besser als je.“ Bethmann ging darauf aus, eine Verständigung mit England zu suchen, und er hielt es deshalb für richtig, dieses Land auch mit unseren Kriegshandlungen schonend anzufassen. England wäre „eine Bulldogge, die man nicht reizen dürfte“. Bethmann suchte jetzt nach der Freundschafts- hand, die er bei Greys Konferenzvorschlag nicht gefunden hatte. Er übersah, daß England, nachdem es einmal den Krieg unter- nommen, nun in klarer und kühler Folgerichtigkeit diesen Krieg auch gewinnen wollte. Der landmilitärische Standpunkt der Armee,

eine gewisse Nachgiebigkeit des Kaisers und die unklaren politischen Vorstellungen weiter deutscher Kreise gaben dem Kanzler die Möglichkeit, sein zusammengestürztes Kartenhaus immer aufs neue aufzubauen. Mit puritanischem Pharisäertum war die praktisch-utilitaristische britische Politik, beherrscht von den Interessen des angelsächsischen Kapitals, ganz einheitlich entschlossen, das Deutschtum um so härter und unerbittlicher zu bekämpfen, je näher bis zum Juli 1914 schon die Möglichkeit gelegen hatte, daß wir uns friedlich durchsetzten. Wie konnte man glauben, daß England die Chance nicht voll ausnützen würde, die ihm jetzt gegeben war, um den ihm beinahe über den Kopf gewachsenen Wettbewerber doch noch, und zwar in letzter Stunde, niederzuschlagen! England steigerte seine Kriegsentschlossenheit, je mehr es sie bei uns vermehrte. Lloyd Georges Einfluß wuchs über denjenigen Asquiths empor. Bei uns vollzog sich die umgekehrte Entwicklung; die entschlossene Richtung wurde zurückgedrängt. Dieser Weg mußte mit Sicherheit zur Niederlage führen. (St. 254.)

Diese im Laufe des Krieges sich steigernde Vereinsamung der Marine, welche straffe Staatsgesinnung mit überseeischer, für einen Weltkrieg geeigneter Erfahrung verband, zeigte, daß die Nation oder ihre Oberschicht für einen solchen Krieg nicht reif war. (St. 256.)

Auch Helfferich sah nur ganz vage Hoffnungen auf eine Verständigung mit England und nirgends etwas Greifbares. Aber diese leeren Wünsche genügten ihm und seinen Gesinnungsgenossen, um während der kostbaren und zur Rettung Deutschlands gegebenen Jahre gerade das Einzige zurückzuhalten, was England zum Einlenken bringen konnte, nämlich unsere Verständigung mit dem Zaren und die äußerste Entfaltung unserer Machtmittel zur See. (St. 262.)

Die Entente hat uns durch die britischen Linienschiffe besiegt, welche die Hungerblockade ermöglichten und deren Prestige alle Völker der Welt vor den englischen Wagen spannte. Linienschiffe in erster Linie konnten uns retten. (St. 265.)

Es war nach meiner Auffassung der helle Widersinn, die Flotte in Watte zu verpacken. Die fleet in being hatte Sinn für England, weil dessen Flotte dadurch ihren Zweck, die Meere zu beherrschen, erfüllte. Für Deutschland aber, dessen Ziel es sein mußte, das Meer sich frei zu halten, war der Grundsatz unsinnig. Ferner durften wir den Krieg nicht zum Erschöpfungskrieg ausarten lassen und mußten versuchen, die Sache kurz zu machen. Wie klug es die Engländer angefangen haben müssen, die Entschlußkraft maßgebender Männer in Deutschland zu lähmen, dafür zeugt der Ausspruch, den einer der nächsten Berater des Kaisers nach der Schlacht vor dem Skagerrak getan haben soll und der sich jedenfalls durchaus in die Gesamtstimmung dieser Kreise einfügt: „Schade! Wir waren nahe daran gewesen, von England Frieden zu bekommen.“ Unter solchen Einflüssen ist des Kaisers eigenes Werk zerstört worden. (St. 266.)

Aus dem Zwiespalt der politischen Weltanschauung zwischen der Kanzlerpartei und



mir entsprang so eine Flut von Verdächtigungen gegen das Material der Flotte, die erst durch die Probe vor dem Skagerrak ad absurdum geführt wurde. Vorher hatte man aber den Kaiser damit im Hintanhalten der Flotte bestärkt und die Tatkraft der Marine gelähmt. Hätte sich der Kaiser anders beraten lassen und wäre er seinem eigenen, innersten Trieb gefolgt, so läge Deutschland heute wohl nicht in Trümmern.

Das altüberlieferte, wenn auch für unsere Zeit erprobte englische Seeprestige hat uns besiegt. Es senkte in die Herzen der bei uns leitenden Männer die Furcht, unsere Flotte einzusetzen, solange es dafür Zeit war. Und so begann mit dem Nichtgebrauch der besten, ja zunächst einzigen Waffe gegen England das Trauerspiel der verpaßten Gelegenheiten. (St. 269.)

Auch die Armee hat zwei Jahre lang auf die von ihr ersehnte Führung warten müssen, und der im Winter 1914/15 vom ersten Vertrauensmann der Armee in dieser Hinsicht geäußerte Wink hat nichts gebessert, sondern

nur ihm selbst die Möglichkeit weiteren Wirkens erschwert. (St. 328.)

Es hat nicht viel gefehlt zu einem guten Frieden. An der Wehrmacht lag es nicht, wenn wir ihn nicht fanden. Als Hindenburg und Ludendorff endlich zur Führung berufen wurden, konnte die Armee ihn freilich nicht mehr schaffen. Die Marine konnte einen brauchbaren Frieden wohl zweimal greifbar nahe bringen, im Herbst 1914 mit der Flotte, im Frühjahr 1916 mit noch größerer Wahrscheinlichkeit durch das U-Boot. Das Furchtbarste, zu wissen, ist, daß unsere heutige Lage nicht nur politisch, sondern auch militärisch vermeidbar war. (St. 386.)

Daß es besser gewesen wäre, den Engländern festen Kampfwillen zu zeigen, bestätigte sich durch immer neue Erscheinungen. Darum zitterte man in England, daß der Kanzler fallen und eine kräftigere Kriegsführung Platz greifen könnte; darum stiegen in London die Kurse, als mein Rücktritt sich vollzog. (St. 259.)

## Lohn- oder Preispolitik?

Von Kurt Heinig

Bei kritischer Ueberprüfung der Wirtschaftspolitik unserer Tage behindert grauer Zweifel das gerade Urteil: was ist eigentlich der stärkste Widerstand gegen die Gesundung: Dummheit oder Vergeßlichkeit? Die Realpolitiker sind auch hier natürlich die klügeren, sie rechnen mit jenen Tatbeständen als naturgegeben, bauen auf sie und verdienen mit ihnen. Wer aber am Strome der Zeit steht und nach Vernunft angelt, den packt der Stumpfsinn, er bekommt jenes ausdrucksvolle Antlitz, das Philosophen von andern Menschen unterscheidet.

Also: Wir haben eben erst zehn Semester praktischer Währungspolitik hinter uns gebracht. Bis ins letzte Dorf wurden die Lehrbegriffe der Geldtheorie: Golddeckung, Papierwährung, Inflation, Valuta, Geldkreislauf, Stabilisierung erlebt und geschäftspraktisch durchgeprüft, also verstanden. Die Devisentabelle und der Reichsbankausweis, ehemals Berufsgeheimnisse der Arbitrage und der Finanzspezialisten, wurden Unterhaltungsgegenstand für Abo-Schützen; dennoch: kaum scheint die Währung stabil, so ist auch schon alles vergessen.

Die Realpolitiker rechnen mit jenem Tatbestand als naturgegeben, bauen auf ihn und verdienen mit ihm.

Deswegen schickte vor einigen Wochen der sogenannte Tarifausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Richtlinien zur Lohnpolitik heraus, deren Inhalt jetzt als der Unternehmerweisheit letzter Schluß in ganz Deutschland bei allen Verhandlungen den Gewerkschaftsvertretern entgegenspringt. Sie, die in der Inflationszeit täglich zwischen Tarifabschlüssen und kommunistischen Abendunterhaltungen gegen die freien Gewerkschaften hin- und hergerissen worden sind und denen es heute noch nicht viel besser geht, stehen jenem neuesten Argument, wie der Berliner so schön sagt, häufig machtlos vis-à-vis, denn was wird ihnen gegenüber behauptet? „Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um einen Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Goldmillionen im Jahr ausmachen .... Regierung und Wirtschaft haben die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen

Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen... Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterklasse vernichten würde....“

Wie gesagt, diese phantastischen Argumente verfehlen selten ihre Wirkung, sie erscheinen meist in ihrer überlegten Dummheit schlechthin unwiderstehlich. Erst bei ruhiger Nachprüfung, und dazu sind leider Lohnverhandlungen nicht der richtige Augenblick, ergibt sich der groteske Unsinn und damit die bewußte Unehrlichkeit jener Behauptungen.

Die 500 Goldmillionen sind natürlich gar nicht ein nach ihrer Bewilligung sich notwendig machender Zuschlag von 16 $\frac{2}{3}$  Proz. auf unsern derzeitigen Bargeldumlauf von rund 3 Millionen Goldmark! Wenn das richtig wäre, dann müßte ja auch jede Preissteigerung, z. B. beim Brot um einen Pfennig — in Deutschland werden sicher täglich 20 Millionen Brote verkauft —, die Währung in Unordnung bringen. Oder wenn für Kohle 2 Proz. mehr angelegt werden müssen als bisher, dann hätte die Stabilität ebenfalls in die Binsen zu gehen. Wir erleben seit Monaten, daß trotz vieler Preissteigerungen das noch nicht eingetreten ist. Der Grund ist ja auch ganz klar: Der Geldumlauf, der Zirkulationsprozeß des Bargeldes, hat zwar viel mit dem Warenlauf, aber nichts mit dem Umfang unseres Zahlungsmittelbestandes zu tun. Dies trifft um so mehr zu, als wir in Deutschland heute, entsprechend der seit der Vorkriegszeit geschrumpften Wirtschaft, durchaus zureichende Mengen Zirkulationsgeldes haben. Der Zusammenhang besteht in Wirklichkeit darin, daß höhere Löhne den Warenlauf beschleunigen, der geldkräftige Konsument belebt die Wirtschaft, und Steigerung des Lohnanteils im Produkt fördert die technische Entwicklung, erhöht die Intensität des Produktionsprozesses, und dies senkt die Preise! Wir wollen hier nicht auf den Automobilkönig Ford hinweisen, der dieses Experiment praktisch mit Erfolg durchgeführt hat, es sei aber festgestellt: wenn jene Behauptung richtig wäre, dann säßen die Weber im Erzgebirge noch heute am Handwebstuhl, und die Postkutsche wäre rentabler als die Eisenbahn.

Die Fehlerhaftigkeit des derzeitigen Zustandes der Wirtschaft liegt darin, daß sich in den Kreislauf als Hemmung die übergroßen Kreditmengen der Reichsbank eingeschaltet haben; sie verhindern die Gesundung der Wirtschaft. Sie ermöglichen dem Unternehmer, auf seiner Ware sitzen zu bleiben, den Betrieb unverbessert zu lassen, die Preise zu halten, ja sogar zu treiben, statt sie zu senken, den Konsum zu beleben und so die Wirtschaft anzukurbeln. Unsere derzeitige sogenannte Konjunktur versackt in den Lagern des Großhandels und der sonstigen Zwischenglieder der immer noch inflationistisch aufgeblähten Wirtschaft. Wahrscheinlich wird es so kommen, daß die Industrie für ihre jetzt wieder hochgeschraubte Produktion von den Abnehmern nicht einmal Geld bekommt, man treibt förmlich Wechselreiterei, nur um das verschleuderte oder auch nur festliegende Betriebskapital durch neues Kapital aus Wucherverdiensten zu ersetzen, um immer wieder hohe und rasche Eigenverdienste zu erzwingen. Der Privategoismus feiert Triumphe, und die Niedrighaltung des Lohnes und der Gehälter soll ihn verewigen.

Die Arbeitnehmer haben alle Ursache, jene auf Dummheit und Vergeßlichkeit eingestellte Spekulation mit einer Kontermine zu beantworten. Die überall ausbrechenden Lohnbewegungen sind ihre Vorläufer; leider fehlt ihnen noch häufig der Kontakt mit den realen Tatsachen und Möglichkeiten. Dafür sorgen schon unsere lieben Kommu-



nisten, daß den Gewerkschaften eine Korrektur dieser Mängel so schwer wie möglich gemacht wird.

Aber auch Freunde der breiten, notleidenden Massen wirken hindernd dadurch, daß sie die Tatsachen nicht sehen. So hat jetzt eben wieder in der „Sozialen Praxis“ an leitender Stelle Dr. Potthoff, ein Mann, der als Arbeiterrechtler in unsern Reihen viel Achtung genießt, es unternommen, die Arbeitnehmer vor „einem neuen Fiasko“ zu warnen. Er meint, die Ankurbelung der Wirtschaft durch Steigerung der Löhne sei zwar „wirtschaftstheoretisch“ richtig, aber — sozialpsychologisch falsch. Bei der derzeitigen Gemütsverfassung des deutschen Volkes wirke sich jede Lohnerhöhung als Teuerung aus und gefährde die Währung. Potthoff schlägt als Ausweg die Verbilligung der Preise vor. Das klänge nach jener Reuterschen Satire, daß die Armut von der pauvreté kommt, wenn er nicht den Arbeitnehmern zugleich die Mittel des Preisdrucks vorschläge.

Dr. Potthoff propagiert, daß Behörden und Verbraucher gemeinsam die Preise bändigen sollen .... „Auf Regierungen und Parteien muß ein Druck ausgeübt werden, der sie angst und bange macht.“ Als wirksamstes Mittel des Preisabbaus schlägt er außerdem noch den Käuferstreik vor!

Besonders die hohen Wurstpreise haben es Herrn Dr. Potthoff angetan. Er wünscht allen Ernstes, mit Hilfe der Genossenschaften und Gewerkschaften möchte ein allgemeiner Boykott gegen die Wurst verhängt werden. „Ein einziger Erfolg wirkt Wunder.“ Auch hier sieht er psychologische Wirkungen auf die Preise.

Der „Einfluß der Behörden“ schaut in diesem Zusammenhang sehr nach Zwangswirtschaft, nicht bei der Produktion, sondern beim Endprodukt aus. Damit kämen wir wieder in die schöne Zeit der schwarzen Preise, der Schieberei und Hamsterei hinein. Einheitlichen Einfluß auf die politischen Parteien dieses Reichstags kann man sich nur schwer vorstellen. Und wenn die Genossenschaften den kämpfenden Konsumenten die nötige Wurst zuführen sollten, dann müßten sie erst sämtlich Genossenschaftsmitglieder werden. An Nichtmitglieder dürfen die Konsumvereine nichts verkaufen. Aber wenn alle jene bremsenden Einflüsse verhütet und der Kampf doch möglich würde, dann hätten die Genossenschaften erst noch die mit Boykottbeginn einsetzende Hausse in Hart-, Fest- und Dauerwurst zu überwinden, alles auf dem Rücken auch ihrer neuen Mitglieder. Danach kämen tausend andere Schwierigkeiten, die die wurstlose Zeit endlos machen könnten, das heißt natürlich für die Wenigen, die konsequent blieben. Aber wenn auch die Wurstwucherer überwunden werden könnten, ob vom siegreichen Wurstkrieg auch die Wirkung auf die Textil- und Kohlenpreise eine allzu große wäre?

Nach unserer Auffassung sind gerade bei Beachtung der Sozial- und Massenpsychologie die Potthoffschen Vorschläge völlig undiskutabel. Es ist nicht richtig, daß der Mai 1924 mit dem Mai 1923 verglichen werden könnte. Aber das sind alles Einzelheiten. Entscheidend bleibt die Gesamtlage des Arbeitnehmers. Die Wahlen haben gezeigt, daß er auf die Organisation der Wirtschaft kaum noch einen Einfluß hat, seine Erziehungsmöglichkeiten gegenüber den Behörden sind auch reichlich beschränkt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als seinen „wirtschaftstheoretisch richtigen“ Standpunkt praktisch als Lohnempfänger durch Forderungen zu vertreten. Alles andere wäre Selbsttäuschung. Und Selbsttäuschung gehört zu jenen Tatsachen, die die Gesundung der Wirtschaft verhindern. Deswegen sollte die Gewerkschaftsbewegung ruhig bei ihren alten Grundsätzen bleiben und keine neuen Fehler machen.

## Sind Agrarzölle zu rechtfertigen?

Von einem Landwirt

Die Masse der deutschnationalen Wähler will billiges Brot genau so wie die Arbeiterschaft. Das Wirtschaftsrückgrat der Deutschnationalen Partei aber sind die Großagrarien. Die wollen hohe Getreidepreise. Ueber diesen harten Interessengegensatz zwischen Wählern und Gewählten muß Aufklärung geschaffen werden. Wir wollen, wie schon vor der Wahl hier mitgeteilt wurde, diese daß deutsche Volk in Konsumenten und Produzenten radikal aufteilende Frage fortlaufend behandeln.

Diese Frage hat in Deutschland eine unübersehbare Literatur gezeitigt, hat in der Politik der Vorkriegszeit eine hervorragende Rolle gespielt und wird in nächster Zeit in der wirtschaftspolitischen Aussprache zweifellos mit an erster Stelle stehen, denn der Wunsch nach Wiedereinführung von agrarischen Schutzzöllen ist bereits vielfach laut geworden. Es ist eben eins der Kardinalprobleme unserer Wirtschaftspolitik, und um zu ihm Stellung zu nehmen, muß man sich über gewisse grundlegende Tatsachen der deutschen Volkswirtschaft Klarheit verschaffen. Die Entscheidung über agrarische Schutzzölle hängt von der Beantwortung folgender Vorfragen ab: 1. Wie verteilt sich die Gesamtbevölkerung Deutschlands auf Landwirtschaft und Industrie, und welche Bedeutung kommt der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugung im Rahmen der Nationalwirtschaft des Landes zu? 2. Besteht die Möglichkeit, jederzeit eine ausreichende Zufuhr von Agrarerzeugnissen aus dem Auslande zu gewährleisten? 3. Besteht die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß die Gesamtbevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einheimischer Herkunft ausreichend versorgt werden kann, und wie würde sich eine solche Steigerung in den Preisen der Agrarprodukte auswirken? 4. Ist die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft bevölkerungspolitisch und volkshygienisch von Wichtigkeit?

Nach der Berufszählung von 1907, der letzten, die wir gehabt haben, waren 72,9 v.H. aller Berufsangehörigen im gegenwärtigen Reichsgebiet in außerlandwirtschaftlichen Berufen tätig, und nur ein Rest von 27,1 v.H., insgesamt rund 15 Millionen, entfiel auf die Land- und Forstwirtschaft. Dieses Verhältnis von Industrie- und Landbevölkerung, das auch für die Gegenwart als zutreffend angesehen werden kann, läßt erkennen, daß fast  $\frac{3}{4}$  der deutschen Gesamteinwohnerzahl materiell an niedrigen Lebensmittelpreisen interessiert sind. Jede Steigerung der Lebensmittelpreise, wie sie durch Einfuhrzölle auf ausländische Lebensmittel herbeigeführt werden soll, bewirkt eine Steigerung der Lebenshaltungskosten des weit überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung und muß, besonders von der Arbeiter- und Angestelltenschaft als schwere Belastung empfunden werden, da es nie gelingt, durch Steigerung der Löhne und Gehälter, diese Mehrkosten von den Lohn- und Gehaltsempfängern in vollem Umfang auf die Preise der industriellen Erzeugnisse abzuwälzen.

Entsprechend der Verteilung der Bevölkerung auf Industrie und Landwirtschaft gliedert sich auch das Nationalvermögen und das Volkseinkommen in der Weise, daß das Gedeihen der Industrie und des Handels von ausschlaggebender Bedeutung für den Wohlstand des Landes ist. Wir sind eben ein ausgesprochenes Industriestaat und müssen aus dieser nicht abzuändernden Tatsache die Konsequenzen ziehen. Wir können auch nicht zugleich Industrie- und Agrarstaat sein, bzw. werden, denn hierzu fehlt es uns an räumlichen



Ausdehnungsmöglichkeiten und nur ein Fortschreiten auf dem Wege weiterer Industrialisierung erlaubt es, für unsern Bevölkerungszuwachs, der auch gegenwärtig noch 500 000—600 000 jährlich ausmacht, Betätigungsmöglichkeiten zu beschaffen.

Von den Anhängern agrarischer Schutzzölle wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen des Krieges doch gezeigt hätten, wie leicht Deutschland von der ausländischen Zufuhr abgeschnitten werden kann, und welche katastrophalen Folgen diese Abschnürung zeitigen müsse, wenn das Inland nicht imstande ist, die Volksernährung zu gewährleisten. Darauf ist zu erwidern, daß, wenn man die Möglichkeit eines Krieges ins Auge faßt, man nicht von der ungeheuerlichen Voraussetzung ausgehen darf, daß wir ein zweites Mal den Wahnsinn begehen werden, uns in einen Krieg gegen eine Koalition verwickeln zu lassen, die uns von der Lebensmittelzufuhr gänzlich abzuschneiden in der Lage ist. Man kann doch keine unsinnigen Voraussetzungen machen, um die Richtigkeit einer These zu beweisen. Vernünftigerweise muß man doch so viel Vertrauen zu dem eigenen, gesunden Menschenverstand haben, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges unter keinen Umständen eine Politik zugelassen wird, die uns die Lebensmittelzufuhr, sowohl aus dem Osten wie von Uebersee, abschneiden kann. Daß eine Außenpolitik, die stets die Türe nach einer Richtung offen hält, eine gewisse Beengung unserer außenpolitischen Bewegungsfreiheit bedeutet, ist richtig. Aber zu ändern ist an dieser Tatsache nicht, weil sie bedingt wird durch unsere geographische Lage.

Auf die weitere Frage, ob die deutsche Landwirtschaft imstande ist, die Produktion so zu steigern, daß die Gesamtbevölkerung versorgt werden kann, ist unbedingt mit nein zu antworten. Es gibt zwar landwirtschaftliche Enthusiasten, die das Gegenteil behaupten, aber eine nüchterne Erwägung, die einfach von der Erfahrungstatsache des proportionell zu den aufgewendeten Kosten abnehmenden Bodenertrages ausgeht, ergibt, daß das nur bei einem riesigen, volkswirtschaftlich gar nicht zu rechtfertigenden Kostenaufwand vielleicht nach vielen Jahrzehnten zu erzielen wäre. Für die Gegenwart und die nächste Zukunft bleibt es jedenfalls dabei, daß wir mit rund 35% unseres Gesamtbedarfs an Lebensmitteln auf das Ausland angewiesen sind. An dieser Tatsache kann auch die Kultivierung von Moor- und Oedländereien, die aus bevölkerungspolitischen Gründen gewiß anzustreben ist, nichts ändern, denn die auf diese Weise erzielte Ausdehnung der Anbaufläche deckt längst nicht den Bedarf an Lebensmitteln, den die inzwischen eingetretene Volksvermehrung hervorruft.

Was nun schließlich die bevölkerungspolitische und rassenhygienische Bedeutung der Landbevölkerung anbelangt, so ist es unbedingt richtig, daß die Landbevölkerung, bei dem gegenwärtigen Zustand der Großstädte mit ihren unzureichenden hygienischen Einrichtungen und ihrer Bevölkerungskasernierung den Jungbrunnen des Volkes bildet. Aber diese Aufgabe kann die Landbevölkerung nur dann erfüllen, wenn sie wirklich bodenständig und wirtschaftlich selbständig ist. Wir werden aber noch zu zeigen haben, daß die Hochhaltung der Getreidepreise fast ausschließlich den Großgrundbesitz begünstigt, der bekanntlich mit besitzlosem Landproletariat arbeitet.

Ueberlegt man auf Grund all dieser Erwägungen, was für Folgen und Zustände die Einführung von Getreidezöllen zeitigen würde, so ergibt sich ein durchaus unerfreuliches Bild. Vor allem ist auch darauf hinzuweisen, daß längst nicht die Gesamtheit aller Landwirte an Getreidezöllen interessiert ist, sondern nur ein geringer

Bruchteile, nämlich in der Hauptsache die Inhaber von Mittel- und Großbetrieben im ostelbischen Deutschland. Dagegen erstreben die Besitzer von mittel- und kleinbäuerlichen Anwesen, bei denen die Viehzucht eine vorherrschende Bedeutung hat, und die Getreide nur für den eigenen Bedarf anbauen, billige Getreide- und Futtermittelpreise. Der industriellen Arbeiterbevölkerung würde, wie bereits erwähnt, eine kolossale Last auferlegt, die sich letzten Endes in der Steigerung der Preise für Industrieerzeugnisse und in einer Schwächung unserer ausländischen Konkurrenzfähigkeit in verhängnisvoller Weise auswirken müßte. Ferner würden uns allerhand Schwierigkeiten handelspolitischer und außenpolitischer Art erwachsen, denn selbstverständlich würden die Getreidezölle von den getreideexportierenden Ländern mit zollpolitischen Repressalien beantwortet werden, die unseren deutschen industriellen Export sehr empfindlich treffen müssen. Die Einführung von Getreidezöllen hätte ferner, wie die Erfahrung zeigt, eine sehr schädliche Steigerung der Bodenpreise zur Folge, die wohl den derzeitigen Grundbesitzern Vorteile bringen könnte, insofern, als der Kapitalwert ihrer Güter steigen würde. Jeder Besitzwechsel und jede Pachterneuerung hätte aber zur Folge, daß der neue Eigentümer oder Pächter, selbst bei den infolge der Zölle angeschwollenen Getreidepreisen, keine ausreichende Verzinsung bzw. kaum mehr als die ausbedungene Pachtsumme herauswirtschaften könnte, und daher sofort Anspruch auf weiteren Zollschatz erheben — und wir auf diese Weise aus der „Agrarkrisis“ überhaupt nicht mehr herauskommen würden.

Außerdem muß man sich dessen bewußt sein, daß ein einmal eingeführter Agrarschutzzoll nicht so leicht zu beseitigen ist, weil nach Aufhebung der Zölle tatsächlich zahllose Landwirte, die sich auf hohe Getreidepreise eingestellt haben, wirtschaftlich zusammenbrechen müßten. Es ist daher auch nichts mit der sog. Uebergangsperiode, die den Landwirten ermöglichen soll, dank der hohen Getreidepreise, sich wirtschaftlich zu festigen. Nicht hohe, sondern niedrige Getreidepreise zwingen zu wirtschaftlichem Fortschritt. Hohe Preise begünstigen nur den wirtschaftlichen Schlen-drian. Haben wir mal Getreidezölle, so werden wir sie überhaupt niemals wieder los.

Ist es aber volkswirtschaftlich nicht sehr bedenklich, wenn unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz die Landwirtschaft, die doch unter allen Umständen volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch von großer Bedeutung ist, ganz unrentabel wird, und die Getreidefelder sich in grüne Triften verwandeln — Jagdgründe für industrielle Rentenbezieher? Die Gefahr, daß die Land- und Forstwirtschaft überhaupt unrentabel wird, ist gar nicht zu gewärtigen. Die deutsche Landwirtschaft mag zum Teil wohl nicht in der Lage sein, zeitweilig mit ausländischem Getreide zu konkurrieren, sie ist aber sehr wohl imstande, auf dem Gebiet der Vieh-, Geflügel- und Obstzucht, der Meierei und durch Weiterverarbeitung ihrer Erzeugnisse zu Fabrikaten wie Spiritus, Haferflocken, Stärke, Holzschliff, Zellulose usw. den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz zu bestehen, wenn sie rationell wirtschaftet.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verlangt, daß Brotgetreide und Futtermittel so billig wie nur irgendmöglich beschafft werden. Diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen unter keinen Umständen durch einen Schutzzoll im Preise hochgehalten oder heraufgesetzt werden. Dagegen wäre gegebenenfalls zu erwägen, ob den durch die ausländische Konkurrenz betroffenen Landwirten die Möglichkeit zu bieten ist, mit Hilfe eines Zolles auf die Erzeugnisse der Viehzucht, der Meierei und einer Reihe landwirtschaftlicher Fabrikate, sich in stärkerem Maße auf



diese Erzeugnisse umzustellen. Es mag sein, daß diese Umstellung für manchen Großbetrieb nicht in ausreichendem Maße durchführbar sein wird. Dann wird an seine Stelle über kurz oder lang ein bäuerlicher Mittelbetrieb treten — eine Entwicklung, die durchaus den Erfordernissen einer stärkeren Besiedlung des platten Landes, die dringend erwünscht ist, entspricht.

## Niederschönenfeld und Landsberg a. L.

### Zwei Symbole deutscher Gerechtigkeit

Von Ernst Niekisch

In Niederschönenfeld werden schon seit fünf Jahren anständige und ehrenhafte Männer, an denen die bayerische Regierung es rächen will, daß sie nicht aufhören, gesinnungstreue Sozialisten und zuverlässige Republikaner zu sein, unter Mißachtung des Gesetzes und Bruch des Rechtes mißhandelt und gequält. Alle wohlbegründeten Anklagen gegen den Strafvollzug in Niederschönenfeld beantwortete die bayerische Regierung bisher mit kecken Ablehnungen; unter dem Druck ihres schlechten Gewissens vereitelte sie alle Bemühungen, den Tatbestand in Niederschönenfeld objektiv feststellen zu lassen. Die schuldbewußten Regierungsparteien des bayerischen Landtags verhinderten gemeinsam mit dem Justizministerium das Zustandekommen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses; dem Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde 1921 bedeutet, daß er verschlossene Tore finden werde, wenn er vermessen genug sein sollte, die Fahrt nach Niederschönenfeld anzutreten. Der Graf Lerchenfeld, der jetzt selbst in den Reichstag einzieht und der allzugern als kultivierter Mensch genommen werden möchte, war es, der nach Niederschönenfeld die Anweisung gab, jenen Untersuchungsausschuß des Reichstages keinesfalls einzulassen. Weder Reichsregierung noch Reichstag konnten nach diesen Maßnahmen der bayerischen Behörden im Zweifel sein, daß es in Niederschönenfeld üble Dinge zu verbergen gebe; sie schöpften daraus jedoch nicht den Ansporn, nun erst recht die Schleier zu lüften, sondern sie entschieden sich für die Tatenlosigkeit. Es siegte die Auffassung, die sich später bei zahllosen ähnlichen Gelegenheiten immer wieder behauptete: daß die Reichsgewalten fatalistisch die Augen zu schließen hätten, wenn Bayern das Recht mit Füßen trat. Der Demokrat Müller-Meinungen war der Vater jener ungesetzlichen Verordnung vom August 1919, durch die der Festungshaftstrafvollzug in Bayern für Sozialisten und Republikaner dergestalt verschärft wurde, daß praktisch die Festungshaftstrafe aufgehoben und nahezu in gewöhnliche Gefängnisstrafe umgewandelt war. Der Graf Lerchenfeld lehnte es ab, das von seinem demokratischen Vorgänger verletzte Recht wieder herzustellen; er unterschrieb sogar jene unerhörte Denkschrift der bayerischen Regierung, in der mit beispielloser Unbedenklichkeit die persönliche Ehre wehrloser Gefangener — wie Mühsams und Tollers — besudelt worden war.

Der Strafvollzug in Niederschönenfeld ist unverkennbar darauf angelegt, die Gefangenen zu demütigen, ihren Stolz zu brechen, sie in ihrer menschlichen Würde zu kränken. Freilich erreichte er nur bei wenigen Gefangenen seine Wirkung; die akademisch gebildeten Strafvollzugsbeamten, die hofften, mit kläglichen und jämmerlichen Schikanen einen Mühsam und Toller „klein kriegen“ zu können, stießen lediglich auf abweisende Verachtung. Das reizte sie; schließlich schreckten sie auch nicht vor Maßnahmen zurück, durch die die Gefangenen körperlich

zugrunde gerichtet werden mußten. Die kranken Gefangenen waren einem Landarzt ausgeliefert, dessen Kunst durchaus unzulänglich war; fachärztliche Behandlung wurde grundsätzlich verweigert. Mühsam hat das mit dem Verluste seines Gehörs büßen müssen. Dieses empörende System der Gefangenenbehandlung erforderte schließlich ein Todesopfer: den bayerischen Landtagsabgeordneten August Hagemeyer. Eines Morgens wurde dieser tot in seiner Zelle aufgefunden, nachdem er zuvor unsägliche Leiden zu überstehen gehabt hatte; kurz aber vor seinem Tode war er von dem Arzte noch als Simulant beschimpft worden. Die bayerischen Behörden zeigten sich geschäftig, den Tatbestand dieses Falles zu verschleiern; die Öffentlichkeit sollte nicht aufmerksam werden. Man sollte auch fernerhin glauben, daß sich Grauensvolles nur in — französischen und polnischen Gefängnissen ereigne.

Die Niederschönenfelder Gefangenen waren 1919 verurteilt worden. 1920 fanden die Kappisten Gnade; die Niederschönenfelder wurden von der Amnestie ausgeschlossen, nachdem die bayerische Regierung mit schweren Drohungen Druck auf Reichstag und Reichsregierung ausgeübt hatte. Niemand empfand damals, wie sehr diese Ungleichheit in der Gewährung der Gnade sowohl gegen die Gebote der Billigkeit und Gerechtigkeit wie der Menschlichkeit verstieß; nur wenige erkannten, daß die damalige Weigerung Bayerns einer jener politischen Schachzüge war, mittels deren Bayern plammäßig die Autorität des Reiches untergrub und das Gefüge des Reiches auflockerte.

Während die Niederschönenfelder Gefangenen unter Willkür seufzten und gesetzwidrigen Strafvollzug erlitten, erfreute sich der junge Graf Arco in Landsberg a. L. eines angenehmen und freudereichen Daseins. Der Domkapitular Kiefl aus Regensburg hatte ihn als den Nationalheros des bayerischen Volkes begrüßt; er mochte wohl empfinden, daß eine gewisse Gemeinsamkeit besteht zwischen den Methoden bayerischer Regierungspolitik, die heimtückisch und hinterhältig die Reichseinheit meucheln, und der Tat des Mordbuben, der leise und feige sein ahnungsloses und hochgesinntes Opfer beschlich. Der Meuchelmörder wurde nicht hinter vielfachen Staheldrahtverhauen und doppelten Postenketten festgehalten wie die Niederschönenfelder; er empfing Blumensträuße und Besuche Dr. Heims; er lebte tagsüber auf einem Gute in der Nähe Landsbergs und trieb unter Strafgefangenen und der bäuerlichen Bevölkerung monarchistische Propaganda. Ab Ostern 1924 wurde er begnadigt; dabei erklärte die bayerische Regierung mit bewundernswürdiger Unverfrorenheit, daß sie nicht beabsichtige, Linksradikalen, die freilich nie eines Meuchelmordes fähig gewesen wären, die Strafe zu erlassen.

An Arcos Stelle sind nunmehr Hitler und seine Freunde zu kurzem Erholungsurlaub in Landsberg eingezogen. Die Strafvollzugsbeamten wissen die Verdienste Hitlers zu schätzen; sie behandeln ihn mit Hochachtung und Schonung. Die Verordnung des Demokraten Müller-Meinungen über den Festungshaftstrafvollzug gilt nur in Niederschönenfeld, nicht aber in Landsberg. Toller und Mühsam sind Männer von geistigem Werte; nichts wird im bayerischen Justizministerium, im Ministerrat, im Landtag mehr verabschuet. Dagegen der Hitler! Wie bequem ist er! Er hat das Mundwerk auf dem rechten Fleck und mutet niemanden geistige Anstrengungen zu. Ihm mögen jegliche Erleichterungen und Vergünstigungen im Strafvollzug bewilligt sein. Er gibt sogar Interviews und greift aktiv in die bayerische Staatspolitik ein. Da veröffentlicht die Regierung keine Denkschrift, die eine Schmähschrift ist; da ereifert sich auch nicht der Demokrat Müller-Meinungen über die „Umsturz männer“, die noch vom Gefängnis aus hochverräterische Unternehmungen anzuzetteln suchen. Und in kürzester Zeit werden Hitler und die Seinen wieder in



Freiheit sein, während die Republikaner in Niederschönenfeld weiterhin langsam zu Tode gequält werden.

Schamloser wurde noch nie mit doppeltem Maße gemessen, unverschämter noch niemals zweifaches Recht angewandt. Dabei hält es die bayerische Regierung durchaus für überflüssig, überhaupt noch die Form zu wahren. Sie kennt das deutsche Volk: es ist abgebrüht. In der Tat schweigt das deutsche Volk und schweigt auch seine Regierung. Wo Rechtsbruch zur täglichen Uebung und Klassenjustiz zur Selbstverständlichkeit wurden, da stirbt das Rechtsgefühl, da erlischt auch der Wille, für das Recht zu kämpfen. Nur wenige begreifen, daß es sich nicht um private Angelegenheiten handelt, wenn der Idealist Toller gemartert und der Meuchelmörder Arco begnadigt und gefeiert wird.

Kant, der meinte, daß es keinen Sinn habe zu leben, wenn es keine Gerechtigkeit mehr gebe, würde wahrhaftig heute unter diesem Volke nicht mehr leben wollen, dessen Ver lumpung und Verstumpfung in Dingen der Gerechtigkeit zum Himmel schreit.

## Die Sprache des Volksstaates

Von Fritz Müller (Chemnitz)

Jede Staatsform hat ihre Sprache. Im Militärstaat ahmt auch der Zivilist die beim Heer übliche Sprache nach. Es sei nur an das „Jawohl!“, an das Anreden des Vorgesetzten in der dritten Person und an den schnarrenden Gardeleutnanten erinnert. — Wo der Monarchismus stark ausgeprägt ist, wimmelt es in der Schriftsprache förmlich von unterwürfigen, aber nichtssagenden Ausdrücken. Kam doch nicht einmal ein freiheitlich gesinnter Mann wie Immanuel Kant darum herum, in seinen Eingaben „als Ew. Exzellenz alleruntertänigster Knecht in tiefster Ehrfurcht zu ersterben“! — Im Klassenstaat sicherte sich die herrschende Schicht ihre Vorrechte gegenüber der Masse dadurch, daß sie das Bildungsgut und die Gesetze in einer Sprache ausdrückt, die der Laie nicht versteht. — Je mehr ein Staat Polizei- und Obrigkeitsstaat ist, um so breiter macht sich in ihm das berüchtigte Amtsdeutsch.

Wir leben seit mehr als fünf Jahren nicht mehr im alten Staat, der Monarchie, Militär-, Klassen-, Polizei- und Obrigkeitsstaat war, sondern im Volksstaat. Mit verschiedenen andern Kennzeichen des alten Staates ist auch seine Sprache noch lange nicht verschwunden. Die Sprache des Volksstaates, die in vieler Hinsicht erst noch geschaffen werden muß, kennzeichnet das Görlitzer Programm der S.P.D. trefflich mit den Worten „volkstümliche Gesetzessprache“:

Nicht volkstümlich ist die Sprache des alten Staates, weil sie

1. eine Menge Fremdwörter enthält, für die es gute deutsche Ausdrücke gibt;
2. mit allerlei Hinweisen auf Gesetze, Verordnungen usw. arbeitet, die der Laie nicht kennt;
3. reich an papiernen Ausdrücken ist;
4. mit Satzungeheuern durchsetzt ist, die man erst mühsam zergliedern muß.

1. Gegen Ausgang des Krieges wurden Banknoten so sehr gehamstert, daß es an Zahlungsmitteln fehlte. Die Regierung glaubte dadurch Wandel zu schaffen, daß sie das Volk davor warnte, Banknoten zu thesaurieren. Nach der Umwälzung wurden „die an

Polen gefallen“ Ostmärker, Oberschlesier usw. aufgefordert, für Deutschland zu optieren. Die Aufrufe erfolgten kurz vor Ablauf der Frist, bis zu der die Betroffenen die für sie und für Deutschland so wichtige Erklärung abgeben mußten. Bevor viele „Optanten“ das Fremdwort verstanden hatten, war die Frist verstrichen!

Diese zwei Beispiele mögen für viele sprechen. Es ist erfreulich, daß der Kampf gegen die Sprache des alten Staates auf dem Teilgebiet des Sturm laufs wider das Fremdwortunwesen die besten Erfolge gezeitigt hat. Zwar ist das Reich eine Republik. Jedes Land aber soll nach Art. 17 der Reichsverfassung eine freistaatliche Verfassung haben. — Leider\*) gibt es noch Minister und Ministerien sowie einen Reichspräsidenten, obwohl wir nach der Umwälzung schon einmal Volksbeauftragte hatten. — Die Nationalversammlung — in Sachsen hieß es Volksskammer — hat glücklicherweise einem Reichstag Platz gemacht.

Das Amtsblatt des Königreichs Sachsen hieß Dresdener Journal. Die Umwälzung verwandelte es in die Sächsische Staatszeitung. — In Dresden gibt es eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft, aber keine Sozialisierungskommission. — Auch kennt Sachsens Schulwesen keinen Direktor, sondern einen Schulleiter; keinen Bezirksschulinspektor, sondern einen Bezirksschulrat; keine Bezirksschulinspektion, sondern ein Bezirks schulamt.

Besonders geschickt haben die Schöpfer der neuen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen alle entbehrlichen Fremdwörter beseitigt. Im Gegensatz zu den alten Städteordnungen ist die Rede von der Gesetzmäßigkeit, von gesetzmäßigen und gesetzwidrigen Beschlüssen; von der Aufwandsentschädigung, der Rente, dem Rentenlauf, den Rentenberechtigten und von Ruhestandsbezügen; vom Rat als Körperschaft, von der vorläufigen Enthebung aus dem Amt, vom Dienststrafverfahren, von der Dienstanweisung; von aufschiebender Wirkung, von Belangen, von Ortsgesetzen, von Anstellungs- und Beschlußbehörden, von der Ortswohnpflicht des Bürgermeisters, von der veränderten Feststellung des für ungültig erklärten Wahlergebnisses, vom Gleichgewicht der Gemeinewirtschaft, von der Entscheidung einer Frage durch die Gemeindebürger usw. Dem Leser werden die meisten Ausdrücke als selbstverständlich vorkommen. Hätte ich aber die entsprechenden Fremdwörter angeführt, wie Referendum, Balancierung des Etats, Korrektur des annullierten Wahlergebnisses usw., so würde er diese Ausdrücke vielleicht für ebenso selbstverständlich halten und um ein deutsches Wort verlegen sein!

Auch andere Gesetze sind in mustergültiger Sprache abgefaßt. Es gibt aber auch Veröffentlichungen, deren Sprache man nicht im geringsten anmerkt, daß sie für einen Volksstaat bestimmt sind. Besonders häufig findet man in Verordnungsblättern und im amtlichen Teil von Tageszeitungen den zweiten der im Anfang meiner Ausführungen aufgezählten Fehler.

2. So stand am 7. Dezember 1922 in der Sächsischen Staatszeitung:

Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums wird auf Grund von § 5a der Mieterschutzverordnung bekanntgegeben, daß die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Mieterschutzverordnung in Leipzig auch für ermietete Meßplätze Geltung haben.

Dresden, 2. Dezember 1923. 7963. LWA IV 2268d.

Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt.

\*) Das leider bezieht sich nicht darauf, daß Minister usw. vorhanden sind, sondern auf ihren lateinischen Namen



Das Aktenzeichen und der Hinweis auf gewisse Paragraphen der Mieterschutzverordnung nützen dem Leser gar nichts. Er will wissen, was man beim Mieten und Vermieten von Meßplätzen tun muß oder unterlassen soll! Im XXV. Nachtrag zur Steuerordnung für die Stadt Chemnitz heißt es u. a.:

In Punkt 6 Abs. 2 des XX. Nachtrags wird das Wort „von“ durch das Wort „zu“ ersetzt.

In Punkt 18 Abs. 1 werden unter a und b die Worte „ohne Rücksicht auf die Dauer“ gestrichen.

In Abs. 2 des XV. Nachtrags wird die Zahl 96 durch die Zahl 180 ersetzt.

Das Geld für das Einrücken dieser Sätze in die Tageszeitungen konnte man sich sparen. Es hatte wohl niemand, der den XXV. Nachtrag las, den Wortlaut des XV. und XX. Nachtrags im Kopfe; und nur ganz wenige besaßen die Nachträge, so daß sie nachsehen konnten, wie der neue Wortlaut heißt.

Muß aus gesetzestechnischen Gründen angegeben werden, wie ein bestehendes Gesetz sich verändert, so kann man ja diese Veränderungen vorher ruhig ankünden. Auf jeden Fall aber muß man fortfahren: „Demnach lautet dieser Absatz nunmehr so ...“ Hinweise auf Gesetze und Verordnungen kann man in Klammern beifügen. Doch darf man es nicht wie der badische Staatspräsident machen. Der erließ Ende März 1919 folgende Verordnung:

Der 1. Mai wird als gebotener Feiertag im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziffer 1 der Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend, in der durch die Verordnungen vom 31. Juli 1896, 25. Juli 1898, 3. August 1898, 22. Februar 1900 und 20. Februar 1907 bewirkten Fassung (Ges.- und Verordnungsblatt 1892, Seite 287, 1896 Seite 240, 1898 Seite 369 und 426, 1900 Seite 461, 1907 Seite 139) erklärt.

Als Gegenbeispiel möchte ich anführen, was ich vor einigen Jahren in einem Städtchen im Bayerischen Wald sah. Der Apotheker in jenem Ort hatte ein riesiges Merkblatt, das die Bevölkerung zum sparsamen Umgehen mit Flaschen und Korken aufforderte, mit Blaustift durchstrichen und auf den freien Platz geschrieben: „Wer nicht Flasche und Stöpsel mitbringt, kriegt nichts!“ Der Mann wußte, wie man zum Volke spricht. Viele Gesetzgeber aber wissen das nicht. Sonst würde ihre Sprache nicht so papiernen klingen.

3. Man schlage das Strafgesetzbuch auf. § 2 des Einführungsgesetzes beginnt: „Mit diesem Tage tritt das Reichs- und Landesstrafrecht, insoweit dasselbe Materien betrifft, welche Gegenstand des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich sind, außer Kraft. — § 3 lautet: „Wenn in Landesgesetzen auf strafrechtliche Vorschriften, welche durch das Strafgesetzbuch ... außer Kraft gesetzt sind, verwiesen wird, so treten die entsprechenden Vorschriften des letzteren an die Stelle des ersteren. — § 3 des eigentlichen Strafgesetzes heißt: „Die Strafgesetze des Deutschen Reiches finden Anwendung auf alle im Gebiete desselben begangenen Handlungen ...“ — § 49, 2 beginnt: „Die Strafe des Gehilfen ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches ...“ — In § 147 ist u. a. die Rede von „demjenigen, welcher nachgemachtes Geld sich verschafft und solches entweder in Verkehr bringt oder ...“ — § 223a beginnt: „Ist die Körperverletzung mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers ... begangen, so ...“ — In § 225 ist von „einer der oben bezeichneten Folgen“ die Rede. — § 233 lautet: „Wenn leichte Körperverletzungen mit solcher, Beleidigungen mit leichten Körperverletzungen oder letztere mit ersteren auf der Stelle erwidert werden, so kann der Richter

für beide Angeschuldigte oder für einen derselben ... überhaupt keine Strafe eintreten lassen.“

Die Wörter der-, die-, dasjenige und der-, die-, dasselbe hat Wustmann treffend Bandwürmer genannt. So unnatürlich sie klingen, so bedient sich ihrer leider auch der einfache Mann. „Mein Sohn Paul konnte nicht zur Schule kommen, da ich denselben (oder selbigen) zu einer dringenden Besorgung benötigte“, heißt es oft in Entschuldigungszetteln. —

Wie einfach ist doch gegenüber dem Papierdeutsch die Sprache unserer Dichter! Goethe hätte z. B. nie geschrieben: „Derjenige, welcher nie sein Brot mit Tränen aß.“ Und wie schlicht sind die Sprichwörter abgefaßt! Im Amtsdeutsch würde ein bekanntes Sprichwort lauten: „Diejenigen, welche andern eine Grube graben, fallen selbst in dieselbe.“

Auf andere papierne Ausdrücke wie vorgenannte, dieser — jener, insofern — als, dafern, bzgl. bzw., diesseitig, sowohl — als auch u. a. m. soll nicht weiter eingegangen werden.

4. Am berüchtigtsten ist die Sprache des alten Staates durch ihre Satzungeheuer geworden. Am 15. Oktober 1921 gab der Rat von Chemnitz bekannt:

Die Gültigkeit der für das Kalenderjahr 1921 ausgestellten Bescheinigungen über die gewerbliche Weiterveräußerung von im Kleinhandel luxussteuerpflichtigen Gegenständen, sowie der Bezugsbescheinigungen zum luxussteuerfreien Bezug der in Betracht kommenden, beim Hersteller luxussteuerpflichtigen Gegenstände und Zubehörteile läuft Ende Dezember ab.

Den Satz versteht man weniger deshalb so schwer, weil er schlecht gegliedert ist. Verständlicher wird er so:

Folgende Bescheinigungen für das Kalenderjahr 1921 gelten nur noch bis Ende Dezember 1921:

1. Die Erlaubnisscheine für den Handel mit Gegenständen, die im Kleinhandel luxussteuerpflichtig sind.
2. Die Bezugsscheine für Gegenstände und Zubehörteile, die nur beim Hersteller luxussteuerpflichtig sind.

Heiter wirkt folgende Bekanntmachung:

Dem Arbeiter Erich Wilhelm G... in Schönau ist an Stelle des demselben am 29. 3. 1915 unter 6 hier ausgestellten, jedoch verloren gegangenen Arbeitsbuches ein neues desgleichen ausgestellt worden, was hiermit zur Vermeidung mißbräuchlicher Benutzung des verloren gegangenen Arbeitsbuches bekanntgemacht wird.

Ich hätte die Bekanntmachung so ausgedrückt:

Der Arbeiter E. W. G... in Schönau hat sein Arbeitsbuch verloren. Er hat dafür ein neues erhalten. Das verloren gegangene Buch wurde am 29. 3. 1915 unter Nr. 6 ausgestellt. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Der Leser mag zur Uebung folgende Beispiele in gutes Deutsch übertragen:

Der Aufkauf von Lebensmitteln im Bereiche des Generalgouvernements zwecks Ausfuhr aus diesem ist untersagt. Zuwiderhandelnde hat sich zu gewärtigen, daß die Beförderung der Lebensmittel mit der Eisenbahn durch Wegnahme derselben verhindert wird und Bestrafung erfolgt.

(Aushang in belgischen Bahnhöfen, Anfang 1918.)

Ein Drittel des Solls der Einkommensteuer-Hauptsteuerliste der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1920 bez. des Einkommensteuersolls 1920 des Bezirksverbandes, abzüglich des Betrages, den die Gemeinde, bez.



der Bezirksverband für das Rechnungsjahr 1922 bereits mehr als sieben Zwölftel dieses Solls erhalten hat, d. h. abzüglich des Betrags, um den die bereits für das Rechnungsjahr 1922 überwiesenen 155% des vorläufigen Mindestanteils höher waren, als sieben Zwölftel dieses Solls.

(Formel, nach der zu berechnen war, wie hoch der Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer sein sollte. Bekanntmachung vom 6. Dezember 1922.)

Falls Angestellte bei der sächsischen Staatsverwaltung, deren Versicherungspflicht durch die Steigerung ihrer Bezüge erloschen, infolge Heraufsetzung der gesetzlichen Versicherungsgrenze innerhalb eines halben Jahres aber erneut eingetreten ist, sich in der Zwischenzeit freiwillig weiterversichert haben, kann von den auf diesen Zeitraum entfallenden Versicherungsbeiträgen der Teil auf die Staatskasse übernommen werden, den diese nach den geltenden Bestimmungen zu tragen gehabt hätte, wenn in dem versicherungsfreien Zeitraum eine gesetzliche Versicherungspflicht bis zur Höhe der dem Angestellten gezahlten Bezüge bestanden hätte.

(Verordnung vom Personalamt des Sächsischen Ministeriums des Innern, 3. Januar 1923.)

Sie werden beschuldigt, den Entschluß, andere widerrechtlich durch Bedrohung mit einem Vergehen, demjenigen weiterer Nötigung, zu einer Unterlassung zu nötigen, durch Handlungen betätigt zu haben, die den Anfang der Ausführung des beabsichtigten, aber nicht zur Ausführung gelangten Vergehens enthielten, insofern Sie am 30. Oktober 1923 in der Fabrik von Kr. in B. dem Arbeiter D., der mit Kohlschaufeln beschäftigt war, zuriefen, er solle aufhören zu arbeiten, und, als er nicht gehorchte, zu ihm sagten, Sie würden schon einmal sehen, Sie würden noch mehr holen, und tatsächlich auch noch andere Leute heranholten, um D. zu bestimmen, daß er aus Furcht vor den angedrohten Gewalttätigkeiten — denn darauf zielten Ihre Worte ab — zu arbeiten aufhörte, was er aber nicht tat. Vergehen nach § 240, 43 Str.G.B.

(Strafbefehl des Amtsgerichts in Frauenstein i. Sa.)

Doch nun „genug des grausamen Spiels“! Gerade diese letzten Beispiele zeigen, wie die Sprache des alten Staates gewissermaßen eine Geheimsprache war. Der Eingeweihte versteht sie. Der Laie aber muß, wenn er wissen will, was gemeint ist, lange zergliedern, nachschlagen und tüfteln. Meist aber hat er dazu weder Zeit noch Lust; und dann hat die Verordnung usw. für ihn ihren Zweck verfehlt. Oft hat nicht nur er Schaden davon, sondern auch die Allgemeinheit. Das soll aber nicht sein. Drum bekämpfe man auf Schritt und Tritt das berüchtigte Amtsdeutsch. Als Vorgesetzter lasse man Bekanntmachungen nicht hinaus, bevor sie in allgemein verständlicher Sprache abgefaßt sind. Als Abgeordneter achte man bei Vorlagen, die man zu beraten hat, außer dem Inhalt auch auf die Form. Als Empfänger sende man, wenn man sich nicht strafbar macht, solche Ergüsse der Stelle zurück, die sie verbrochen hat. Fremdwörter, Bandwürmer usw. streiche man an. Bei Hinweisen auf Gesetze usw. bitte man um Mitteilung des Wortlauts. Von Satzungeheuern behaupte man, man habe sie nicht verstehen können, u. a. m. Als Schriftleiter oder Mitarbeiter an Zeitungen biete man Proben von Amtsdeutsch den Lesern dar. Wie das wirkt, habe ich selbst erfahren. Erst fand ich soviel „Blüten“, daß ich jeden Tag ein paar hätte veröffentlichen können. Dann wurden sie seltener, und schließlich mußte ich lange suchen, bis ich etwas für „Amtsdeutsch“ fand.

Man begnüge sich aber nicht bloß mit dem Tadeln, sondern stelle dem schlechten stets das gute Beispiel entgegen. Nichts ist aber schwerer, als einen in schwülstiger Sprache abgeraßten Satz in gutes Deutsch zu übertragen. Leichter schreibt sich eine Bekanntmachung gleich von Anfang an in guter Sprache, wenn man überhaupt versteht, sich schlicht auszudrücken. Wer der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen hat, d. h. jedes Parlament, jede Behörde usw., sollte eine Stelle einrichten, die alle Gesetze usw. auf die Form hin durchsieht. Dadurch wird nach und nach die Sprache des Volksstaates geschaffen. Diese volkstümliche Gesetzessprache aber ist die Vorbedingung dafür, daß jene andere Forderung verwirklicht wird: Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis. Solange aber Rechtskenntnis nicht Allgemeingut ist, kann von einem wahren Volksstaat nicht gesprochen werden!

## Berger und Paquet

Von Alfons Fedor Cohn

Amerika, weltstädtischer Hexenkessel, Apokalypse der Zivilisation, Aufruhr entfesselter Elemente und hemmungsloser Temperamente, ernüchternde Beschwichtigung durch groteskes und unerbittliches Schicksal: diese stoffliche Nachbarschaft zwischen „Sündflut“ und „Fahnen“ verdeckt dennoch nicht die innerste Wesenfremdheit zwischen dem Bühnenwerk des Stockholmers Henning Berger und dem des Rheinländers Alfons Paquet.

Bergers kürzliches Ableben, vielleicht auch die jüngst hier gezeigte amerikanische Verfilmung seines Schauspiels mögen an die anderthalb Jahrzehnte alte Arbeit wieder erinnern haben, die auf dem heutigen Spielplan zwar isoliert steht, aber keineswegs von der Zeit so überholt wirkt, daß sich nicht mehr an ihre Gattung anknüpfen ließe. Eine Stadt im Ueberschwemmungsgebiet des Mississippi, eine Bar im Geschäftszentrum, worin sich vor ausbrechendem Unwetter eine Reihe fragwürdiger Existenzen zusammenfindet. Der Gewitterregen wird zur Ueberschwemmung, die schützende Bar in der Ueberflutung zur Arche Noah, das bislang reißende Getier der Zivilisation zu Brüdern und Schwestern, die einander lieben. Not lehrt beten. Sie lehrt diese Menschen des rücksichtslos nüchternen Daseinskampfes Einkehr halten und sich bis zur Selbstlosigkeit entäußern. Gegnerische Börsenspekulanten, die sich am liebsten ans Leben möchten, söhnen sich wieder aus, der vor einer zynischen Geldehe stehende Raffer vereint sich wieder mit seiner Jugendliebsten, die von der Straße (im fatalsten Sinne) ihm wieder in die Arme getrieben wird, der zuchthauswürdige Advokat, der an dem schwindelhaften Dammbau und damit an der hereingebrochenen Katastrophe mitschuldig ist, wird zum selbstverleugnenden Bußprediger und der brutale Kneipwirt läßt zechefrei die Champagnerpfropfen in der allgemeinen Todesangst springen. Aber die Wasser sinken draußen, ehe sie die Sünder in der Arche verschlungen, und von den Angstdelirien der Nacht befreit, springen sich die Gegner wieder an die Kehle, stößt der Geldliebhaber die Herzensliebste wieder von sich, präsentiert der Wirt seinen Freigästen die volle Rechnung samt Wasser- und Betriebsschäden.

Dem Renaissance-Theater, das sich in seinen bisherigen zwei Spielzeiten durch ein beharrlich gehaltenes Niveau seines Spielplans wie kaum eine andere Berliner Bühne verdient gemacht hat, reichten hierfür weder Darsteller noch Regie zu. Das technische Beiwerk hat gerade diesmal stärkstens mitzuwirken: das anrückende und ausbrechende Unwetter,



Telephon, Morsetelegraph und elektrisches Licht, die nacheinander versagen, die ganze massive Baulichkeit mit ihren wasserdichten Schotten — all das Greifbare, was die Todesnähe wirklich glaubhaft machen kann, darf nicht durch dürftige Andeutungen ersetzt werden. Und so wenig Bergers Stück, das man Film- oder Kabarett-Geschmack zuliebe in einen „dramatischen Sketch“ umgetauft hatte, ein auf äußere Effekte gestellter Reißer ist, so wenig durfte man den Dialog von Anfang an in ein unheilverkündendes Pathos tauchen, das sich schließlich, jeder weiteren Steigerung unfähig, in quälende Monotonie verlieren mußte. Man beging hier denselben Grundfehler, den man fast immer auf der deutschen Bühne Strindberg gegenüber begeht: anstatt ihn ganz realistisch zu spielen und die Mystik aus den Verflechtungen und Wirkungen der scheinbar realistischen Vorgänge und Wesen aufdämmern zu lassen, kommentieren die Schauspieler gewissermaßen gleichzeitig ihre Rollen, indem sie in jedes Wort und jede Geste mit schleppender Tiefe den Doppelsinn hineinzulegen versuchen.

Berger lebte und wirkte im Schatten Strindbergs; aber seine Wesens- und Gemütsart war der des ewig kämpferischen Umstürzlers grundverschieden. Er, der als junger Kontorist nach Chicago gegangen war und hier den wirtschaftlichen Daseinskampf wohl in der naivsten und nacktesten Form kennengelernt hatte, blieb trotz aller Bitternisse und physischer Leiden eine weiche, versöhnlich gestimmte Natur, die schließlich in dem dichterisch beseelten Umgang mit einer Hauskatze sein Genügen fand wie nur ein deutscher Romantiker. Er hat nie den sozialen Kampf, den er selbst zur Genüge erfahren hatte, gepredigt und sich seiner im Rahmen seiner individualistischen Lebensanschauung nur bildhaft bedient. Paquet, dessen „Fahnen“ in das Chicago der Arbeiterkämpfe von 1886 führen, hat die weit geschwungene politische Kurve vom Imperialismus zum Kommunismus auf rein literarischer Linie beschrieben. Er ist, wenn man so will, in diesem „dramatischen Roman“ ein um zwanzig Jahre an Erlebnis, Weisheit und Formsicherheit reiferer Toller. Und auf Grund dieser Reife gegenüber dem Jüngeren mehr objektiver Gestalter als begeisterter Programmierer.

Paquet hat sich in den drei Akten oder zwanzig Szenen der „Fahnen“, soweit ich sehen kann, ziemlich eng an die geschichtlichen Vorgänge gehalten. Es sind dies die in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung blutig mahnenden Ereignisse vom Mai 1886, da die für den Achtstundentag demonstrierenden sogenannten Anarchisten von der Polizei bei zwei aufeinanderfolgenden Meetings mit Feuerwaffen überfallen, und als beim zweiten Zusammenstoß eine Bombe gegen die Polizei geworfen wurde, möglicherweise von einem Lockspitzel, acht der Führer unter Anklage gestellt wurden. Obwohl sie zum Teil bei der Versammlung gar nicht anwesend waren, ihnen eine Beteiligung an einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Polizei überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte, wurden vier von ihnen mit Hilfe erpreßter Kronzeugen und einer käuflichen Jury zum Galgen verurteilt. Es bleibt dies ein ewiges Schandmal amerikanischer Klassenjustiz, gegen das damals die weitesten Kreise der ganzen Welt vergeblich protestierten; die bewußte Absicht war, die revolutionäre Arbeiterbewegung ein für allemal durch den scheinbar legalen Terror niederzuschlagen.

Wie Paquets politisches Bekenntnis gefühlsmäßig-literarisch klingt, so hat auch seine Formsprache naturgemäß eine analoge Tradition. Es ist im weitesten Sinne das Naturrecht, das ihn an die Seite des zur Befreiung drängenden Proletariats zieht, der Rousseauismus, dessen dichterische Nachfolge in Deutschland beim Sturm und Drang begann und über Büchner bis auf den jungen Wedekind führte. Paquet hat von diesen Vorgängern den raschen, bewegten Szenenwechsel, den festgestanzten knappen Dialog, die pointillistische Art der Charakterisierung,

die dennoch mehr als skizziert. Der Untertitel „dramatischer Roman“ entschuldigt wohl nicht so sehr die Abwesenheit eines Helden — denn schließlich ist das die Gruppe der Revolutionäre, die Spies, Lingg, Parsons, Fielden, Engel und Fischer gegenüber ihren Gegenspielern, dem allmächtigen, rechtbeugenden Unternehmer Mc Shure, dem Blutrichter Bary, dem Polizeibüttel Shaak — als er das Fehlen eines zentralen, aktiv wirkenden Konflikts eingesteht. Selbst wenn der Achtstundentag als dramatisches Objekt denkbar wäre, hier spielt er eine sekundäre Rolle, hier gilt es nur, sich zu sehr unbestimmten Demonstrationen herauszustellen, sich zu ganz unklaren Zielen zusammenschließen und zu bewaffnen, und auf der andern Seite die, deren man habhaft wird, durch Scheinlegalität umzubringen.

Trotz alledem ermangelt das Stück, das durch ein regelrechtes Puppenspiel naiv, desillusionierend eingeleitet wird (bei der Volksbühnen-Aufführung waren's von einem Ausrufer vorgeführte Lichtbilder), weder der Spannung, noch der Stimmung. Es schwingen neben den bald rhetorischen, bald verhaltenen Bekenntnissen dieser dumpf zu Gewalttaten drängenden Idealisten starke Heimmattöne mit: wie die deutschen Landflüchtigen gehofft hatten, jenseits des Ozeans das Land der Freiheit zu finden oder mindestens zu gründen und wie sie abgrundtiefer als je daheim aus diesen Hoffnungen gerissen wurden. Es bleiben auch ihre Schwächen nicht unbeleuchtet: der eitle Schönredner oder der von seinem engherzigen Weibe zum Verräter gepreßte Schwächling. Ebensowenig steht die Gegenseite ausschließlich belastet. Es gibt da ein Festmahl der triumphierenden Oberklasse, das in einer kulinarischen Zelebrierung gipfelt und diese Form der Daseinsfreude mindestens lebendig und begreiflich macht. Und schließlich sehen wir eine etwas dunkle Anknüpfung mit dem alten Bismarckschen Kaiserreich in der Figur des Kunsthistorikers und Geheimrats Max Jordan, der als Kommissar für die Chicagoer Weltausstellung in den Kreis der Arbeitermörder mehr ahnungslos als repräsentativ tritt.

Paquet nimmt, allem ersten Anschein zuwider, ganz gewiß nicht Partei; aber er gibt uns auch nicht irgendwie den Ausgleich zwischen ewiger Tyrannei und Sklavenempörung. Deswegen haben seine Bilder eine geringe Tiefe, ermangeln des weiten Hintergrundes in die Zeit und das Allgemeinere. Er wirkt im wesentlichen durch die Rhetorik der Volksversammlung und des Gerichtssaals, aber auch durch die schlichte Gefühlsmäßigkeit der schuldvoll gewordenen Armen. Was aber den sichtlichen, starken Erfolg des Werkes in der Aufführung der „Volksbühne“, der man für den gelungenen Versuch Dank wissen muß, ausmachte, war das geschichtliche Pathos der Distanz: diese historische Tradition der Arbeiterbewegung im Bilde zurückverfolgen zu können, ihre ersten Vorkämpfer reden und wirken, leben und sterben zu sehen und zu begreifen, daß auch sie schon Ahnen hat, glorreiche und martyrerhafte.

## Ordnung in der Nationalgalerie

Von Dr. Oskar Beyer

Von der Tatsache aus, daß die Bewertung von Kunstwerken nur relativ konstant bleibt und tief mit den Bedürfnissen, Erwartungen und bewegenden Mächten einer jeden Zeit zusammenhängt, müssen die von Zeit zu Zeit in unseren Museen erfolgenden Umschichtungen als notwendige, ja unvermeidliche Ereignisse begriffen werden. Diese Aenderungen sind bisher freilich fast unmerklich, jedenfalls in nur geringem



Umfang vor sich gegangen, nicht oder nur ganz selten aber in schroffen Formen, die unmittelbar und allgemein ins Auge springen. Die Fundamente blieben unangetastet, es wurde angebaut, nicht aber neu gebaut.

Die heutige Lage macht schärfere Maßnahmen, grundsätzliche Änderungen erforderlich. Welt- und Kunstgefühl haben schwere Erschütterungen, haben einschneidende Wandlungen durchgemacht. Die alte Generation der Museumsbeamten und Sammlungsleiter mit ihren einseitigen, griechisch-italienischen Schönheitsnormen ist nahezu ausgestorben. Neue, weltoffenere Kräfte und Köpfe haben sie zu ersetzen begonnen. Neue, würdigere, klügere Vorstellungen über Sinn und Wesen der Museen bauen sich langsam an Stelle der verstaubten Ideale auf. Das Problem der Gestaltung einer öffentlichen Kunstsammlung, ihrer klaren, sinnvollen, übersichtlichen Gliederung ist in den Vordergrund der Pläne gerückt.

Die Revolution hat auch die Fenster der Museen, die vielfach zu Magazinen zu erstarren drohten, aufgerissen und frische Luft hineingeblassen. Ohne sie wäre das kaum — sicherlich nicht so rasch — möglich gewesen. Ihre Leiter haben umlernen oder durch solche ersetzt werden müssen, deren Begabung sich nicht im Historischen und Wissenschaftlichen erschöpft, sondern die Strömungen der Gegenwart zu erfassen, sich fruchtbar mit ihnen auseinanderzusetzen trachtet.

So kam es, daß sich auch in den Museen der Reichshauptstadt mancherlei gewandelt hat oder noch in der Umgestaltung begriffen ist. Und zwar stellen diese Änderungen sich, wie zu zeigen sein wird, nicht etwa als willkürliche, fernliegende oder modische Gewaltmaßnahmen, sondern offensichtlich als Verbesserungen dar, die sich bei klarem, vorurteilslosem Denken aus dem Wesen der Sache von selbst ergeben. Ja, es darf behauptet werden: sie sind der erstmalig gelungene planmäßige Versuch, Ordnung in ein mehr oder weniger chaotisches Durcheinander zu bringen, das der höheren Gesichtspunkte entbehrte.

Seit Tschudis Weggang und nach nur teilweise zur Verwirklichung gelangten Plänen für eine ordnungsmäßige Neugestaltung war die Nationalgalerie, als Ganzes betrachtet, für Kunstliebhaber höheren Schlages eine keineswegs besonders erfreuliche Angelegenheit. Es gab Säle, ja Abteilungen, die des inneren Zusammenhangs entbehrten, wo man sich fast von Bild zu Bild neu einzustellen gezwungen war, — eine recht beschwerliche Auflage bei dem ohnedies schon sehr ermüdenden Besuch einer Bildersammlung!

Nun aber stehen wir seit einigen Monaten vor einem gänzlich neuen Faktum. Die umfassende, sinnvolle Ordnung ist erfolgt, und zwar in einer Weise, die als vorbildlich bezeichnet werden darf. Die wenigen Mängel, die noch auszustellen bleiben, fallen der allgemeinen Klarheit der Lösung gegenüber nicht mehr ins Gewicht. Erst jetzt bedeutet die Wanderung durch die vielen Säle und Kabinette eine ungetrübte Freude. Erst jetzt spiegelt sich das Bild der deutschen Kunst seit mehr als hundert Jahren in einer Versammlung meist bedeutender, ja teilweise unvergleichlicher Beispiele.

Den Anfang machen, im Erdgeschoß, zwei im Süden wurzelnde Naturen: Feuerbach und der jüngere Klüger. Des ersteren „Gastmahl Platos“ hat nun endlich einen würdigen Platz gefunden und wirkt wie ein Wandbild; des anderen Meerbilder für die Steglitzer Villa, Symbole eines antikischen Lebensgefühls, strömen erst jetzt ihre herrliche wasserfeuchte Frische aus. Es folgen zwei unveränderte Böcklin-Räume. In den nächsten beiden haben die Hauptarbeiten des großen Suchers H. v. Mares, bleibende Stätte gefunden. Die sechs Menzel-Kabinette sind in ihrer

alten Form erhalten, nur hat man auch die großen Bilder angefügt. Ein Saal mit Thoma und einer mit Lugo und Schirmer leiten schließlich zu Feuerbach zurück.

Oben wandert man an Trübners kühler Flächenkunst vorbei; sieht ihr sich Bilder von Schuch, Hagemeyer, Steffek anschließen. Blechen hat einen Raum für sich, teilt einen anderen mit Krüger, dem Berliner Historienmaler. Dann folgt eine Serie von ebenfalls berlinischen Bildern Gärtners, von Münchener Bildern Spitzwegs, von Wiener Bildern Waldmüllers, von Dresdener Arbeiten F. v. Rayskis. Ein Auslandssaal mit großen Franzosen (Millet, Daubigny, Daumier, Delacroix und Courbet), zu denen noch der Engländer Constable und der Spanier Goya treten, klemmt sich — ein wenig unmotiviert — zwischen die Genannten und eine Folge deutscher Bilder von Eysen, Viktor Müller, Haider und Sperl, dem Freunde Leibls. Diesem blieb ein letzter Raum mit auserlesenen Stücken vorbehalten. — Die beiden großen Mittelsäle freilich blieben ziemlich ungelöst, sie waren von je der wunde Punkt der Galerie. Der Ordnungswille ist hier in Versuchen stecken geblieben, abgesehen davon, daß man allzu zaghaft war, sich einer Anzahl von bedeutungslos gewordenen, meist großformatigen Bildern bei dieser Gelegenheit endgültig zu entledigen.

Das am meisten veränderte Gesicht weist aber das zweite Stockwerk auf. Es war jahrelang die Heimat der bekannten und doch unbekannteren Nazarenerfresken aus der Casa Bartholdi und der leihweise ausgestellten Wasmann-Sammlung Grönvolds. Die große Mehrzahl der Räume war verschlossen, man wußte kaum, daß noch überhaupt noch welche existierten. Nun aber ergibt sich eine herrliche Uebersicht über das gesamte romantische Wollen und Gestalten innerhalb der deutschen Malereigeschichte. Es ist das eine sehr stille und helle Welt, die in sonderbarer, ein wenig träumerischer Ruhe, Vertiefung und Gesammeltheit atmet. Die Landschaftsmalerei des großen Architekten Schinkel, eine äußerst wichtige Seite seiner Wesensentfaltung, kommt in rein malerischen sowie großen, der Raumkunst zugehörigen Beispielen nun erst voll zum Klingen. Sie mündet in den Sälen der Bilder C. D. Friedrichs und seines Kreises: Carus, Kersting, Dahl u. a. Hier, in den Werken mystischer Naturerfassung, erlebt man das romantische Weltgefühl verdichtet. Dann der Kreis der Figurenmaler, alle in deutlichem Zusammenhang mit dem sogenannten Nazarenertum (z. B. nimmt man mit Erstaunen wahr, wie nah ein Schwind sich damit berührt!). Hier bleiben vor allem zwei wundervolle Bildnisse des jungen Schnorr v. Carolsfeld im Gedächtnis haften: das der Frau v. Quandt und der Viktoria Caldoni. Den asketischen Kopf des frühverstorbenen Pforr, eines der wichtigsten Nazarener, sieht man von seinem Freunde Overbeck gemalt. Unter die graphischen Arbeiten sind die großen Entwürfe zum Weltgerichtsbilde des geplanten Berliner Domes wichtig; sie stammen von Steinle, Cornelius und Overbeck. Endlich leiten die kalten plastisch-„heroischen“ Landschaften der Koch und Reinhart zu den Bartholdi-Fresken zurück.

Dieser rasche Rundgang möge zur Orientierung genügen. Man wird schon aus den knappen Mitteilungen ersehen haben können, was hier, in dieser ersten Galerie neuerer deutscher Kunst, an produktiver Arbeit geleistet worden ist. Und es bleibt nur zu wünschen, daß das Beispiel im Sinne eines Vorbildes weiterwirken und zur Klärung und Festigung der Kunstbegriffe beitragen möge.



## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

### Dr. Schacht im Kampfe mit der Geschäftswelt

Still, von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt, wird ein zäher Kampf des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit der kredit-hungrigen Geschäftswelt ausgefochten. Die Kreditnot besteht in unverminderter Schärfe fort. Der Tribut, der den kreditgebenden Kreisen bewilligt werden muß, wirkt äußerst drückend auf das geschäftliche Leben. Man könnte versucht sein, der Geschäftswelt, die eine Lockerung dieser drückenden Fesseln verlangt, beizustimmen, wenn man oberflächlich an die Dinge heranträte und nicht wüßte, daß diese Kreditnot eine notwendige Begleiterscheinung der Stabilisierung ist. Eine Gesundung ist undenkbar ohne diesen harten Eingriff in die in den letzten zehn Jahren eingerissenen Methoden der Kreditversorgung der Wirtschaft. Wie auf andern Gebieten, muß die Unternehmerschaft in Handel und Industrie sich in der Kreditbeschaffung umstellen; nur allzuleicht floß das Geld in ihre Kanäle, denn die frühere Reichsbankleitung gehorchte dem leisesten Druck von ihrer Seite. Daß Dr. Schacht auf dem richtigen Wege ist, ist an mehreren Symptomen zu bemerken. Das deutsche Geld genießt seit Wochen das Vertrauen des Auslandes. Dies zeigt sich vor allem in der Festigkeit des Kurses der deutschen Mark. Das Auslandskapital fand seinen Weg nach Deutschland. Die Devisenzuteilung der Reichsbank erreicht in den meisten Valuten den normalen Zustand von 100 Prozent. Die Anforderungen an Devisen beginnen merklich zurückzugehen. Kurzum, auf vielen Gebieten eine Entspannung. Nur auf einem Gebiete bleibt alles beim alten: in der Festhaltung riesiger Warenbestände. Die Auswirkung dieser künstlichen Warenzurückhaltung zeigt sich in hohen Warenpreisen. Hohe Warenpreise bei niedrigen Löhnen — ein grotesker Widerspruch, der die Fehlerquellen unserer Wirtschaftsmethoden blitzartig beleuchtet. Insolvenzen über Insolvenzen, der Friedhof der Konkurse vermag die Inflationsleichen kaum zu fassen, und trotz allem keine namhafte Senkung der Preise. Der Warenmarkt bleibt von der Krise unberührt, eine Anomalie, die in der Wirtschaftsgeschichte kaum ihresgleichen finden dürfte. Das arbeitende Volk hungert bei vollen Scheunen und überfüllten Warenlagern! — Es war zu begrüßen, daß der Präsident der Reichsbank in einer Versammlung des Hansabundes in Hamburg am Sonntag, dem 25. Mai, mit aller Entschiedenheit auf die oben genannten Widersprüche aufmerksam machte. Dr. Schacht erklärte dort: „Ich glaube, daß das Festhalten an den Warenbeständen, das Zahlen unsinniger Zinssätze für ein spekulatives Weiterarbeiten, daß diese Psychologie verschwinden muß. Mehr als je gilt das Wort: ‚Besitz ist nichts, Erwerb ist alles.‘“ Der dramatische Kampf zwischen der Reichsbank und der Geschäftswelt, soweit sie den Gesetzen einer gesunden Wirtschaft nicht zustimmen glaubt, spitzt sich zu einer Machtprobe. Stellen wir uns auf die Seite der Reichsbank! Die durch Kreditrestriktionen entstandenen Schäden wiegen die schweren Gefahren nicht im entferntesten auf, die entstehen würden, wenn wir langsam in eine neue Inflation hineinschlitterten. Lieber ein Leichenfeld gestürzter Inflationsexistenzen, als eine neue Periode der Geldentwertung, die den Untergang des arbeitenden Volkes bedeutet!

### Die Gewerkschaftsbank als Aktiengesellschaft

Ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Er-starkung der Arbeiterbewegung wurde in den letzten Tagen getan. Am 15. Mai beschloß die von den Gewerkschaften gegründete Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H. die Umwandlung dieses Instituts in eine Aktiengesellschaft. Sie

soll „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Aktiengesellschaft“ firmieren und in Berlin, in dem neuen Bürogebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ihren Sitz haben. Dieser Beschluß der Gewerkschaftsinstanzen wird von jedem wirtschaftlich denkenden Arbeiter mit lebhafter Freude begrüßt werden. Eine Gewerkschaftsbank ins Leben zu rufen, war schon lange geplant. Im Frühjahr 1923 wurde, gewissermaßen als Vorstufe, die bereits erwähnte Kapitalverwertungsgesellschaft gegründet. Obwohl diese in aller Stille und in engen Grenzen arbeitete, hat sie doch den Beweis geliefert, daß bei vorsichtiger Geschäftsführung manches Gute für den Tageskampf der Gewerkschaften zu erzielen ist. Die Kapitalverwertungsgesellschaft hat sowohl die Hypertrophie im deutschen Bankwesen als auch die Stabilisierungskrise der letzten sechs Monate, die durch ein Großsterben im Kreise der wenig gefestigten Bankinstitute gekennzeichnet war, miterlebt. Sie hat also zwei Extreme der Wirtschaft ohne Schaden durchschritten und somit ihre Feuertaufe erhalten. Ihr Abschluß soll trotz den wirtschaftlichen Anomalien ein zufriedenstellender gewesen sein. — In der Gründung eines mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestatteten Bankinstituts folgt die deutsche Gewerkschaftsbewegung dem Beispiel anderer Länder. Die Erfolge der amerikanischen Arbeiterbanken, namentlich der Lokomotivführer- und Maschinisten-Banken, dürften allgemein bekannt sein. In Oesterreich hat man sich in der „Arbeiterbank Akt.-Ges.“ eine vorzügliche Waffe im wirtschaftlichen und politischen Tageskampfe geschaffen. Sie steht unter der Leitung des Genossen Karl Renner und stellt, entsprechend der dort bestehenden Einigkeit in der Arbeiterbewegung, ein alles umfassendes Institut dar und konnte überdies durch ein Netz von Filialen die Kapitalkraft der Arbeiterschaft des ganzen Landes an sich ziehen. — Die deutsche Arbeiterbank dürfte sich rasch zu einem wichtigen Werkzeug im Tageskampf entwickeln. Ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, sowohl für die Spargelder, als auch für das nicht benötigte Kapital der Gewerkschaften, Partei und Parteibetriebe als Sammelbecken zu dienen. Große Perspektiven eröffnen sich hier. Die Sparkraft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Zahl man heute auf 9 Millionen schätzen kann, ist bei stabilen Wirtschaftsverhältnissen sicher nicht gering. Bei zeitgemäßer Verzinsung könnten hier Riesensummen den Banken und Sparkassen entzogen werden. Zumal, wenn es gelingen sollte, durch ein über das ganze Land ausge-dehtes Filialnetz die gesamten zirkulierenden Gelder der Arbeiterbewegung anzuziehen und damit einen regelrechten Giroverkehr einzurichten. Auf den hierin liegenden Vorteil für die Kassengebarung der Partei und Gewerkschaften soll nur verwiesen werden. Sollte eine Verschmelzung mit der Bankabteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine nicht in Frage kommen, dann dürfte eine Interessengemeinschaft, mit dem Ziele enger Geschäftsverbindungen, das Gegebene sein. Hinzu kommt noch die Volksfürsorge A.-G., deren verzweigte Versicherungsgesellschaften relativ große Summen im Lande aufsaugen. Ein kleiner Ueberblick genügt, um zu erkennen, daß die Arbeiterbank große Probleme zu lösen hat, wenn sie ein großzügiges Institut werden will. Auf den Vorteil, daß den Privatbanken und damit der kapitalistischen Wirtschaft große Summen entzogen und der Arbeiterschaft und ihren Organen nutzbar gemacht werden, wollen wir nur hinweisen. Als Kapitaltrust der Arbeit wird die Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte A.-G. in der Lage sein, dem Wirtschaftskampf sowie dem kulturellen Niederschlag der Arbeiterbewegung einen belebenden Impuls einzuhauchen. Und wenn man noch hinzunimmt, daß eine internationale Arbeiterbank nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte,



dann eröffnen sich geradezu riesenhafte Perspektiven. Wie sagte doch der Marschall Trivulzio: „Zum Kriegführen sind drei Dinge notwendig: Geld, Geld und nochmals Geld“. Wann haben diese Worte größere Geltung gehabt, als im sozialen Kampfe der Gegenwart, wo die Arbeiterarmeen den durch Krieg und Inflation gestärkten Kapitalmächten gegenüberstehen?

## RANDBEMERKUNGEN

### Potsdamer Kinderfest

„Potsdam steht im Zeichen von Weiß-Rot. Flaggen über der Stadt. Zehntausende von Festgästen. Das Regiment des Gardedukorps in Front.“ So schrieben die nationalen Zeitungen. Ich fuhr hinaus, weil ich Sensationen liebe, aber ich wurde bitter enttäuscht. Fand keine Flaggen über der Stadt; zählte spärliche zehn, zwölf kaiserliche Fahnentücher und dazu kleine Trupps von gutgenährten Männern in sehr langen Gehröcken, weißrote Schleifen im Knopfloch. Zylinder auf dicken Köpfen. Wie für eine Paradeleiche zurechtgemacht; aber noch quietschleibend, sonst harmlos und diese oder jene Kneipe aufsuchend. Auch einige Uniformen waren gelüftet worden; der Orden bunte Reihe verdeckte die Mottenlöcher. Im „Einsiedel“ waren die Sonntagsliebespärchen (die sich dort schon Sonnabends einzustellen pflegen) leicht, aber doch angenehm gestört durch bunte Kavaliere, deren ländliche Damen beinahe neidisch, aber keusch, über die weißen Fliedersträube nach den jüdischen Begleitherrn hinübersahen. Im Klosterkeller überredeten die Kellner die Gehröcke zu einer guten Suppe, einem Havelaal und den so schwierig auszusprechenden Tournedos. Der Landwirt Bredow spendierte einem alten Kameraden, jetzt Fischer im Spreewald, und einem sehr respektablen Herrn Oberwachtmeister warmes Abendbrot. Auf der Trambahn zum Reitfest in der Kaserne des Gardedukorps fuhr ein Rittmeister, fuhr auf der Trambahn mit einem Ums'engebillet (für 15 Pfennige) in Uniform und sprach mit einem höheren Beamten der

Reichsbank, sprach über Eierpreise, daß die Frauen, wenn früher ein Ei 8 Pfennige gekostet hätte, alles kurz und klein geschlagen hätten. Dann stieg der Rittmeister ab und ging mit einigen Gehröcken zum Paradeexerzieren. Später hörte man dann die Kavallerie-Trompeten vom Kasernenhof hinüberklingen in den Neuen Garten hinein, an dessen Pforte steht das neue Denkmal, am Fuße liegen zwei Dutzend Kränze und ringsumher gucken treuherzig zwanzig, dreißig Zylinder und etwas altmodische Federhüte gesetzteren Alters. Ein paar Jünglinge mit Hakenkreuzen, aber verdächtigen Nasen, stark taufscheinbedürftig. Sonst: das alte stille Potsdam mit den Fischfässern am Graben und den blühenden Kastanien und den französischen Fassaden, wie sie der Preußenkönig den Einwohnern zum Trotz befohlen hat. Der Kronprinz soll in Potsdam gewesen sein. Gezeigt hat er sich nicht. Er wohnt jetzt in seinem Hause, das Schulze-Naumburg nach englischen Vorbildern gebaut hat: bürgerliches Landhaus. Das Marmorpalais, das der Kronprinz früher bewohnt hat, ist von Gontard geschaffen worden. Der Weg von Gontard, dem Schloßbaumeister, bis zu Schulze-Naumburg, dem harmlosen Bourgeois, kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. Im englischen Cottage wohnt es sich auch bequemer, zumal im Marmorpalais der Nachtstuhl neben der Badewanne im Toilettezimmer des Kronprinzen gestanden hat. Der Besucher hört es andächtig, ist dankbar dafür, nicht Kronprinz gewesen zu sein und spaziert vergnügt durch den Fliederduft und die Wellen des Vogel-

gezwitzers, begegnet Wolken zärtlicher Ausflügler und einer kleinen lärmenden Rotte, wild, als Oberbayern verkleideter Kommunisten. Kostümfeste scheinen nun einmal das nationale Natron der Deutschen zu sein.

R. Br.

### Emanuel Reicher

Als Emanuel Reicher nach langer Verschollenheit aus Amerika zurückkehrte machte er durchaus nicht den Eindruck, als ob er sich sobald zur Ruhe und in die himmlische Pensionsanstalt begeben wollte. Noch der Fünfundsechzigjährige hatte mehr von einem Kinde als von einem Greise. Reicher war naiv, er hatte sogar einen naiven Intellekt. Wie er dauernd Erfindungen machte, Spazierstöcke, die zugleich Feuerzeuge, oder Feuerzeuge, die zugleich Spazierstöcke waren, wie er gutgläubig Esperanto oder Spiritismus mitmachte, so hat er auch einmal die naturalistische Schauspielkunst erfunden, zu der er gehörte und nicht gehörte. Hermann Bahr, dem es nicht so genau darauf ankommt, nennt ihn sogar den einzigen Vater der Freien Bühne, die mindestens drei oder vier hatte, also damals sehr notwendig sein mußte. Reicher verkündete die Geste des Alltäglichen, des Wahrscheinlichen, aber er selbst hielt sie nur in Rollen, die in einem Stück mehr dienen als herrschen. Sein Engstrand hatte die Form, die sich bescheidet, sein Eilert Lövborg hatte sie nicht; der war romantisch und zigeunerte auch in künstlerischer Hinsicht. Wie er die Jüngeren um sich auch angeregt und ermutigt hat, Reicher war mit Rittner und Else Lehmann und der ganzen Familie von Otto Brahm nicht blutsverwandt. Der Schlesier Rittner, aus bäuerlichem Geblüt, mußte den Florian Geyer erst nach ihm richtig spielen. Der Erfinder oder Miterfinder der naturalistischen Schauspielkunst, führte den vollen Ton, der gern in sich schwelgte, den fetten, etwas synagogalen Ton, der immer noch

singen oder wenigstens psalmodieren wollte. Reichers schöne Naivität, ein unbekümmertes warmes Temperament wurde sich dieses Streites zweier Seelen nie bewußt. Nicht ohne Lächeln gedenke ich einer Sitzung, in der wir, einige Schauspieler, einige Kritiker, einige Germanisten, die reine deutsche Zeichensprache festzustellen suchten. Reicher behauptete, daß niemand ihm eine Dialektfärbung anmerken könnte, obgleich die gewisse galizische Sonorität ihm nie mager geworden ist. Während er naturalistisch anzusehen war, klang es aus ihm pathetisch. Zuweilen war die Mischung richtig; dann ging er in gewisse literarische Gebiete als Entdecker voran. Die Figur des Dichters im „Rausch“ machte ihn in jeder Hinsicht zu einem der ersten Strindberg-Darsteller. Auch den Herodes in Wildes „Salome“ hat keiner übertroffen; da war die Fülle des Kluges zugleich die Fülle der Figur und die Gedrungenheit der Form. Reicher hatte noch die „Röhre“, wie die Schauspieler sagen. Nach dreißig Jahren habe ich beide Ohren noch voll, angenehm voll von dem Posaunenton, mit dem er in Wilbrandts „Meister von Palmyra“ hinter der Bühne, aber daß sie zu zittern schien, die beiden Verse schmettete: Der Kaiser Julianus ist gefallen, der Apostat ist tot! Das war klingendes Erz. Kein Posaunentart und kein Barnay hat schöner gerasselt.

Es spricht für Reichers Charakter, daß er trotz dieser Ausstattung auf der andern Seite der Kunst stand, weil er ein Ganzes wollte und in dem Ganzen dienen wollte. Reicher hatte immer ein Herz für die Sache. In New York spielte er trotz der größten Widerstände immer wieder deutsch und deutsche Stücke, bis ihn die Not, vielleicht auch jugendliche Erinnerung auf das jiddische Theater drängte. Reicher war ungemein bereitwillig in der Anerkennung; er hat dem toten, aber auch dem lebenden Kainz so leidenschaftlich



wie kein anderer von der Zunft gehuldigt. In diesem Zigeuner war ein Denker, in diesem Manne war ein Kind, und ein so gutartiges, wie es selten auf den Brettern erfunden wird. Die deutsche Schauspielkunst hat einen beherzten Vorkämpfer, die deutschen Schauspieler haben ihren besten Kameraden verloren.

Arthur Eloesser.

#### Neu-Westend

Deutscher Baukunst hat man während des Krieges und erst recht nachher ein günstiges Prognostikum gestellt. Hat gesagt, jetzt, wo wir arm geworden sind, werden wir auf alles das verzichten, was in den fetten Jahren die Uebel verursachte: auf den schon lasterhaft gewordenen äußerlichen Aufwand, die Großmannssucht, die hohle Pathetik, den dekorativen Schwulst, die Materialprotzerei und so weiter. Da wir uns dies alles gewiß nicht mehr leisten können, werden wir von unserer eigenen Schlechtigkeit kuriert werden. Wir werden uns in all und jedem einzuschränken haben, mit den Stoffen wie mit den Formen werden wir umgehen lernen müssen, wie anno Schinkel wird uns nur noch eins bleiben: der Geist, das Können, die Form. Und was dann noch werden wird, wird gut sein. Gewiß, gewiß, aber einstweilen sind wir noch nicht so weit.

Arm sind wir zwar geworden; aber zum Bauen, zum charaktervollen Bauen gar, fehlt dieser Armut das eine schon: das Geld für die Ziegel und die Maurerlöhne. Gebaut wurde trotzdem, in den letzten Jahren sogar verhältnismäßig viel. Allerdings, was da baut, ist nicht jene charaktervolle Armut, sondern der Reichtum, der, solange am Marktsturz u. dgl. dick zu verdienen war, sich ganz und gar nicht einzuschränken brauchte und es auch nicht tat.

Wie sieht nun die Architektur aus, die dieser Luxus sich genehmigt? Siehe die Banken, die in der Behrenstraße und Umgegend

aufgestockt und neugebaut haben. Das ist genau wie vor dem Krieg: wiederum geistlose, wiederum phrasenhaft-larmoyante Repräsentation. Wie dann die Klienten dieser Banken, die glücklichen Mitverdiener, sich aufmachen, kann man sich fast schon vorstellen. Vielmehr, so ganz wird man's doch nicht können.

Es sei gestattet, ein Beispiel, das typisch sein dürfte, herauszugreifen: das neue Westend, das in den letzten Jahren sich erstaunlich rapide zu einer schon umfangreichen Einfamilienstadt entwickelt hat. Die Häuschen, die da entstanden sind, sind wohl nicht ganz so opulent wie die Vorkriegsanlagen in Grunewald oder Nikolassee; es ist daran schon gespart worden, meistens am Raum, häufig an gutem Material. Die Fassaden sind auch etwas glatter geworden und manch zwecklosen Aufputz hat man sich verkneifen. Was schließlich aber nicht zu hindern vermochte, daß alles Uebrig: die Pappigkeit, die Stilmacherei, der Säulchenkram, das Ornamentengeknautsch nach den Gepflogenheiten eines sattem bekannten Maurermeistergeschmacks erst recht wieder da ist. Den Architekten scheint man bei den Herrschaften noch nicht zu kennen. Vielleicht hat sich's in den Kreisen noch nicht so recht rumgesprochen, daß es das Richtige ist, vom Architekten, vom wirklichen Baumeister, bauen zu lassen, vielleicht wollte man in dem einen Punkt wenigstens den Zeitnotwendigkeiten entsprechen und — am Architektenhonorar — sparen, vielleicht ist es auch nur das, daß die Leute von ihrer früheren Mietskasernenexistenz her noch immer der Meinung sind, gebaut müsse in der Art werden, wie man früher die Mietskasernen hochjagte. In dem letzten Jahrzehnt vor dem Krieg war es doch schon so, daß die Leute, die sich ein Eigenhaus bauen lassen konnten, zum Architekten oder wenigstens zum Kunstgewerbe-Architekten gingen. Es war (in Anlehnung an Biedermeier- oder eng-

lischen Cottagestil) ein gewisses „Niveau“, eine propre Anständigkeit erreicht worden. Dieses Niveau scheint ganz verloren gegangen zu sein; jeder Bau — von einzelnen, wenigen Ausnahmen abgesehen, die nicht so sind, daß man sie als Beispiele nennen möchte — ist auf andere Weise stümperhaft, als Bauwerk charakterlos. Auf fatalste Weise hat das Aehnlichkeit

mit der Gründerzeit, und die war insofern noch besser, als man wenigstens auch im Ungeschmack eine Art Konvention hatte, während hier jedweder seinen privatesten Ungeschmack auf seine Weise zur Entfaltung bringt. So weit also wären wir wieder zurückgekommen. Nicht arm ist diese Architektur geworden, aber armselig!

Paul Westheim.

## B Ü C H E R S C H A U

### Verschwörer

Gumbels neues Buch „Verschwörer“ (Berlin, Malik-Verlag) ist eine politische Tat, denn es ermöglicht einen Ueberblick über das fast unübersehbare Material der gesamten rechtsradikalen Verschwörungen und Attentate, zeigt die ungeheure Gefahr dieser hochverräterischen Umtriebe und gibt deshalb jedem politisch Interessierten unschätzbare Material. Man muß es bedauern, daß das Buch erst nach dem Reichstagswahlkampf erscheint.

Eine vorzüglich ausgewählte Sammlung von Dokumenten zum Kapp-Putsch gipfelt in einer Tabelle von 540 Kapp-Offizieren, von denen nicht ein einziger bestraft wurde; Herr v. Jagow blieb mit 5 Jahren Festung der einzige Bestrafte des Kapp-Putsches, während nach einer bayerisch-amtlichen Aufstellung wegen Beteiligung an der Münchener Räterepublik 2209 Personen zu 4844 Jahren verurteilt wurden . . . .

Die höchst dramatische Darstellung der großen politischen Attentate gegen Erzberger, Rathenau und Scheidemann und der Entdeckung der Mörder zeigt unwiderleglich, und das macht einen Hauptwert des Buches aus, daß die Attentate nicht Einzelhandlungen fanatischer Idealisten waren, sondern Teile eines systematischen Gesamtplanes, dessen Ziel Sturz der Republik ist, dessen wichtigstes Mittel die Beseitigung der Führer der Linken war und

dessen Werkzeuge meist wurzellose und arbeitsscheue Desperados waren.

Noch niemals ist allen Spuren des Verschwörer- und Verbrechernetzes mit solcher Gründlichkeit nachgeforscht worden, und doch ist auch Gumbel nicht in der Lage, das ganze Geheimnis zu entschleiern, d. h. die Männer zu nennen, die die Mörderzentrale organisiert und jahrelang finanziert haben. Gewiß ist der Nachweis Gumbels, daß die Organisation C des Kapitänleutnants Ehrhardt offenbar das Exekutivorgan eines großen und starken Verbandes sein muß, vollkommen geglückt, aber noch ist dieser „große Unbekannte“ verborgen geblieben. Vom Prozeß gegen die O.C. vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig erwartet Gumbel nicht viel, da alle Angeeschuldigten in Freiheit sind (!) und die bisherige Untersuchung auch für deutsche republikanische Justizverhältnisse ungewöhnlich langsam geführt wurde.

Vielleicht irrt Gumbel hier; denn die in den allerletzten Tagen in Bayern erfolgten neuen Verhaftungen scheinen nicht nur wichtige Persönlichkeiten, sondern auch bedeutendes Material in die Hände des Oberreichsanwalts gebracht zu haben. Vor allem kann auch der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter Thormann und Grandel den Schleier lüften, mit dem der Alldeutsche Verband bzw. sein Vorsitzender Justizrat



Clafß sein jahrelanges Zusammenarbeiten mit der O.C. zu verhüllen verstand.

Die Kapitel, die Gumbel den größeren und kleineren putschistischen Bünden und ihren Führern Ehrhardt und Robbach widmet, enthüllen die Blamage des Kampfes aller gegen alle, den die „vaterländischen“ Verbände und Führer mit Gift und Dolch, Verleumdung und Pistole gegeneinander führen. Da sie sich bei diesem Kampfe keinerlei Schranken vor der republikanischen Zuhörerschaft auferlegen, machen sie es uns leicht, das gesamte Mörder- und Verschwörergesinde mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

An den Dokumenten Gumbels, die den Zusammenhang von Reichsstellen, insbesondere der Reichswehr, mit den Hochverrätern und der „Schwarzen Reichswehr“ erweisen, wird die deutsche Öffentlichkeit nicht vorübergehen können, zumal bei den bayerischen Reichswehrformationen die hochverräterischen Umtriebe vielfach in das Gebiet des Landesverrats hinüberspielten. Niemals hat man z. B. von einer Untersuchung gegen General v. Lossow usw. wegen seines höchst zweideutigen Verhaltens gegenüber dem Landesverräter Fuchs gehört, übrigens auch nie von irgendeinem Ermittlungsverfahren gegen den früheren Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, den Freund Ludendorffs, der nach den Aussagen von Professor Fuchs von dessen Verbindung mit Colonel Richert gewußt hat! Vielleicht veranlaßt die völkische Fraktion des Reichstags und des bayerischen Landtags ihr Mitglied Pöhner, sich durch Antrag auf ein Disziplinarverfahren zu rechtfertigen.

Wer unvoreingenommen die mit wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit aneinandergereihten Dokumente und Darlegungen Gumbels auf sich wirken läßt, wer sich der furchtbaren Bedrohung des Reichs-

gefüges durch Fuchs-Machhaus und Hitler-Ludendorff bewußt wird, muß mit besonderem Ingrimms Gumbels Kapitel über die bayerische Justiz und den Hitler-Prozeß lesen. Die deutsche Justizschmach der bayerischen Volksgerichtsurteile wirkt in diesem Zusammenhang geradezu niederschmetternd. „Republikaner und Sozialisten sind in Bayern vogelfrei und rechtlos“ schreibt Gumbel am Ende der Darstellung der Lage der politischen Gefangenen in der „Festung“ Niederschönenfeld, und „völkischen Revolverhelden wird von bayerischen ‚Richtern‘ ein Strahlenkranz gewoben“, könnte man hinzufügen.

Für Sozialdemokraten besonders interessant sind die Belege über die Schergendienste der „nationalen“ Bravos für das Unternehmertum, sei es als Streikbrecher oder Zerstörer von Gewerkschaftshäusern und sozialdemokratischen Zeitungen oder gar als Mörder von Arbeitern und Arbeiterführern.

Aber Gumbel beweist nicht nur die Staatsgefährlichkeit der Putschisten, die kriminelle und pathologische Note in den Lebensläufen der meisten ihrer „Helden“, sondern auch die ungeheure Anmaßung und Albernheit, mit der sich solch Gesindel als Retter des Vaterlandes empfiehlt.

„Das Auffälligste an den ganzen Geheimbünden, Mordorganisationen, völkischen Organisationen, die das Wort ‚deutsch‘ so sehr mißbrauchen, ist ihre ungeheure Banalität. Nirgends ein neuer, konstruktiver Gedanke, nirgends neue ethische, soziale oder auch nur politische Momente. Nur ein äffisches Nachplappern überholter und heute sinnloser Schlagworte. Nirgends auch nur der geringste Ansatz zu einem Aufbau, zu einer ethischen Gesinnung, zu einer sozialen Idee, zu einem wahrhaft nationalen Gedanken.“

v. Puttkamer.